

- diesesits —

Das humanistische Magazin

www.diesseits.de

Das fehlende Mangalsutra

Frauenrechte in Indien
– Tradition vs. Moderne

»Wir sollten den Frauen zutrauen, diese Entscheidung selbst zu treffen«

Kate Cahoon vom Bündnis für sexuelle
Selbstbestimmung im Interview

Hedwig Henrich-Wilhelmi

Eine frühe Streiterin
für Frauenrechte



Frauenrecht ist
Menschenrecht

Inhalt

Schwerpunkttemen



06

JUNGE HUMANIST*INNEN
»§ 219a ist ein Relikt der Nazis
und gehört abgeschafft«

Von Sarah Köhler



23

ZUR DEBATTE
Ein Stern des Anstoßes

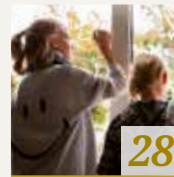
Von Florian Zimmermann



08

HUMANISMUS INTERNATIONAL
Das fehlende Mangalsutra
Frauenrechte in Indien

Von Sangeeta Mall



28

EINBLICKE
Die MädchenZukunftsWerkstatt
in Teltow

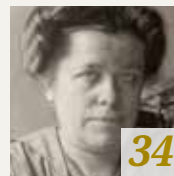
Von Lydia Skrabania



12

INTERVIEW
»Wir sollten den Frauen zutrauen,
diese Entscheidung selbst zu treffen«

Kate Cahoon im Interview



34

HUMANISMUS HISTORISCH
Frauenpolitik in einer Männerwelt
Luise Zietz (1865–1922)

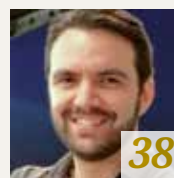
Von Michael Schmidt



20

HUMANISMUS HISTORISCH
Hedwig Henrich-Wilhelmi
Eine frühe Streiterin für
Frauenrechte und Freidenkertum

Von Michael Schmidt



38

INTERVIEW
»Das Wort ›Atheist‹ hat immer
noch keinen guten Ruf«

Pedro Stein Guerrero im Interview

Weitere Themen

04

HVD AKTUELL
Termine

05

HVD AKTUELL
100 Jahre Frauenwahlrecht
Gleiche Rechte – Gleiche Teilhabe?

18

ZUR DEBATTE
Plädoyer für eine humanistische
Debatte zum § 218
Position der Arbeitsgruppe des HVD-BV

24

HUMANISMUS INTERNATIONAL
Für ein Europa, das Freiheit, Gleich-
heit, Solidarität und Menschenwürde
tatsächlich respektiert

Humanistisches Manifest der EHF

42

Faszination Nepal
Ein Reisebericht
Von Manfred Isemeyer

46

Weniger Rechthabenwollen
Von Ralf Schöppner

Editorial

Liebe Humanist*innen,

»Frauenrecht ist Menschenrecht« – mit diesem Slogan kämpfte Hedwig Henrich-Wilhelmi vor mehr als 130 Jahren für Frauenrechte. Vor gerade einmal 100 Jahren wurde in Deutschland dann das Frauenwahlrecht erstritten. Doch der Kampf für Frauenrechte und Chancengleichheit ist noch lange kein Stoff für die Geschichtsbücher. Die gesellschaftlichen Realitäten zeichnen ein anderes Bild: Frauen sind in Politik und Wirtschaft unterrepräsentiert, Frauen werden noch immer schlechter bezahlt als ihre männlichen Kollegen und es sind nach wie vor Frauen, die den Löwenanteil der Erziehungs-, Haushalts- und Care-Arbeit leisten.



Gesetzliche Maßnahmen, wie das brandenburgischen Paritätsgesetz und allgemein Quotenregelungen, sind hier ein Schritt in die richtige Richtung, um einen Umbruch zu bewirken. Doch damit gesamtgesellschaftliche Veränderungen auch nachhaltig umgesetzt werden können, müssen wir vor allem ein Bewusstsein für die noch immer bestehende strukturelle Benachteiligung von Frauen entwickeln und unser Frauenbild (und auch unser Männerbild!) überdenken. Um sich des Themas bewusst zu werden, kann manchmal schon ein kleines Stolpersternchen im Text helfen. Und angestoßen von ein paar Zuschriften von Leser*innen erklären wir gern, warum wir in der *diesseits*-Redaktion seit drei Ausgaben deutlicher auf geschlechtergerechte Sprache achten. Und das schließt für uns mehr als zwei Geschlechter ein.

Dringend notwendige Bewegungen wie #MeToo, der faule Kompromiss über das Werbeverbot von Schwangerschaftsabbrüchen und stärker werdende reaktionäre Kräfte in den Parlamenten machen es deutlich: Wir müssen wieder für Frauen*rechte aufstehen. Und zwar alle gemeinsam. Denn Frauenrechte sind kein Nischenthema, sie sind Menschenrechte und damit ein integraler Bestandteil unseres Humanismus. Es gibt also viele gute Gründe, weshalb wir diese Ausgabe dem Thema umfassend gewidmet haben.

Ich wünsche eine inspirierende Lektüre!
Mit humanistischen Grüßen

Florian Zimmermann
Präsident des Bundesverbands
Humanistischer Verband Deutschlands e. V.

Impressum

Herausgeber (V.i.S.d.P.): Dr. Florian Zimmermann im Auftrag des Humanistischen Verbandes Deutschlands e.V., florian.zimmermann@humanismus.de

Redaktion: Lydia Skrabania, redaktion@diesseits.de

Layout: Alexander Paul, www.alex-grafik.de

Druck: Hamburg Media Group, www.hmg.de

Abonent*innenservice: Jenny Gramatzki, abo@diesseits.de

Anzeigen: Lydia Skrabania, redaktion@diesseits.de

Redaktionsanschrift: *diesseits* – Das humanistische Magazin, c/o Humanistischer Verband Deutschlands e.V., Wallstr. 65, 10179 Berlin, Tel.: 030 613904-61, E-Mail: info@diesseits.de, Web: www.diesseits.de

Bildnachweise: Alle in *diesseits* verwendeten Bilder wurden im Einklang mit den Bestimmungen der jeweiligen Rechteinhaber verwendet. Sämtliche Rechte liegen bei den Urhebern.

Erscheinungsweise: *diesseits* erscheint viermal jährlich.

An dieser Ausgabe haben mitgewirkt: Tina Bär, Kate Cahoon, Manfred Isemeyer, Mariko Junge, Sarah Köhler, Sangeeta Mall, Gita Neumann, Bruno Osuch, Katrin Raczynski, Sabine Schermele, Michael Schmidt, Ralf Schöppner, Hedwig Toth-Schmitz, Florian Zimmermann.

Die *diesseits*-Redaktion bemüht sich um geschlechtergerechte und inklusive Sprache. Auch unsere Gastautor*innen sind angehalten, hierauf Rücksicht zu nehmen, die Redaktion nimmt jedoch keine diesbezüglichen Änderungen an Originaltexten vor.

Spendenkonto: HVD Bundesverband, Bank für Sozialwirtschaft, IBAN: DE41 1002 0500 0003 3271 01, BIC: BFSWDE33BER.

Bankverbindung für die Aboverwaltung: HVD Bundesverband, Bank für Sozialwirtschaft, IBAN: DE68 1002 0500 0003 3271 00, BIC: BFSWDE33BER.

Termine

Frühjahrstagung der Humanistischen Akademie Berlin-Brandenburg:

Kein Gott, kein Trost? Herausforderungen eines humanistischen Umgangs mit Sterblichkeit und Tod

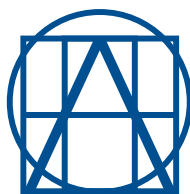
**5./6. April 2019, Nachbarschaftshaus
Urbanstraße, Berlin**

Das Beste kommt nicht mehr, denn es ist schon da. Gerade für diesseitsorientierte Menschen bedeuten Sterblichkeit und Tod einen großen Verlust. Wie damit umgehen, dass all das, was man gerne macht, irgendwann einmal nicht mehr möglich sein wird, und das für immer?

Wie damit umgehen, dass geliebte Andere auf immer verschwinden und Lebenszeit wie Lebensglück überhaupt ungerecht verteilt sind? Nicht nur in Krisensituationen, bei Unglücksfällen, Katastro-

phen, Krankheiten und Sterbeprozessen sehen sich die meisten mit solchen Fragen konfrontiert, für viele gehört das Bedürfnis nach existenzieller Orientierung – einer humanistischen »Spiritualität« – auch zum ganz normalen Alltag.

Die Frühjahrstagung der Humanistischen Akademie Berlin-Brandenburg fragt nach den ethischen Grundlagen einer humanistischen Lebens- und Sterbebegleitung. Dazu gehört das Nachdenken über Hilflosigkeit und Trost, Rituale und Unterstützung, Trauer und Trauerfeiern, und nicht zuletzt über Bestattungskulturen und das verbreitete Bedürfnis nach neuen Bestattungsformen. Die Tagung richtet sich an persönlich, wissenschaftlich oder politisch Interessierte wie auch an Fachkräfte in Hospizen, Altenheimen, Pflegediensten, Krankenhäusern, Sozialstationen oder Trauerredner*innen. ●



**Humanistische Akademie
Berlin-Brandenburg**

Mehr Infos:
www.humanistische-akademie-bb.de

Symposium der Gesellschaft für kritische Philosophie und der Humanistischen Akademie Bayern:

Karl Popper Politischer Denker, Wissenschafts- theoretiker, moderner Aufklärer

**6. April 2019, Nürnberger
Akademie, Nürnberg**

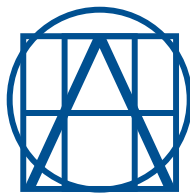
Karl Raimund Popper (1902–1994) kann als einer der wichtigsten Denker des 20. Jahrhunderts gelten, mithin als »moderner Aufklärer«. Anlässlich seines 25. Todesjahres will das Symposium

Werk, Wirkung und Aktualität des Popperschen Denkens kritisch würdigen – von der »Logik der Forschung« und Poppers »Evolutionärer Metaphysik« über die heute zunehmend unter Druck stehende »Offene Gesellschaft« bis hin zur Ethik. Wie immer wird es dabei auch ausreichend Gelegenheit geben, Fragen zu stellen und zu diskutieren.

Mit Dr. Gerhard Engel, Dr. Martin Morgenstern, Dr. Hans-Joachim Niemann, Prof. Dr. Armin Pfahl-Traughber, Prof. Dr. Thomas Riesinger, Prof. Dr. Gerhard Vollmer. ●



Gesellschaft
für kritische
Philosophie



**Humanistische Akademie
Bayern**

Mehr Infos: www.popper-symposium.de
und www.gkpn.de

Jahresmotto des HVD Berlin-Brandenburg 100 Jahre Frauenwahlrecht: Gleiche Rechte – Gleiche Teilhabe?

Gerade einmal seit 100 Jahren dürfen Frauen in Deutschland wählen. Die Mitglieder des Humanistischen Verbandes Berlin-Brandenburg beschlossen daher im vergangenen November, das besondere Jubiläum mit einem Jahresmotto zu würdigen: »100 Jahre Frauenwahlrecht. Gleiche Rechte – Gleiche Teilhabe?« Das ganze Jahr über fanden und finden Veranstaltungen des HVD Berlin-Brandenburg unter diesem Motto statt.

Viele Errungenschaften der ersten Frauenbewegung wie der Zugang zu höherer Bildung durch Abitur oder Hochschulstudium, der Zugang zu Erwerbsarbeit und damit die ökonomische Selbstständigkeit von Frauen – das alles sind Rechte, die erst im letzten Jahrhundert von Frauen erkämpft wurden. Den Mitgliedern des HVD Berlin-Brandenburg sei es wichtig gewesen, anlässlich des Jubiläums dafür zu sensibilisieren, dass eine heutige Selbstver-

ständigkeit, die politische Partizipation von Frauen, vor gerade einmal 100 Jahren hart erkämpft wurde, so Katrin Raczynski, Vorstandsvorsitzende des HVD Berlin-Brandenburg. Auch heute sei es nach wie vor notwendig, für diese Themen ein Bewusstsein zu schaffen: »Die Themen der zweiten Welle der Frauenbewegung sind leider immer noch hochaktuell. Es existieren immer noch sehr stereotype Verhaltenserwartungen und Verhaltenszuschreibungen an Frauen, sie sind im öffentlichen Leben und insbesondere dort, wo Macht ausgeübt wird, stark unterrepräsentiert, Frauen verdienen in vielen Branchen immer noch weniger als Männer und sie übernehmen zusätzlich mehr Verantwortung in den Familien, in der Pflege von Angehörigen, die Liste ließe sich fortsetzen.«

Diskriminierung von Frauen sei heute sicherlich viel subtiler als vor 30, 40 oder 50 Jahren, erklärt Raczynski. Gerade bei jungen Frauen sei aber ein Trend zur geschlechtsspezifischen Re-Stereotypisierung zu beobachten. »Ein Grund mehr, Erinnerungsarbeit zu leisten.« ●

*Katrin Raczynski,
Vorstandsvorsitzende des
Humanistischen Verbandes
Berlin-Brandenburg*



»§ 219a ist ein Relikt der Nazis und gehört abgeschafft«

Von Sarah Köhler

Die Jungen Humanist*innen setzen sich aktiv dafür ein, dass der § 219a aus dem Strafgesetzbuch gestrichen wird. Eine Stellungnahme der JuHus zum vorgelegten Gesetzentwurf.

A purple balloon is lying on a cobblestone ground. The balloon is covered in water droplets and has white text printed on it. The text reads: "Legale Schwangerschaftsabbrüche weltweit".

Legale
Schwangerschafts-
abbrüche
weltweit

Am 26. Januar 2019 forderte ein breites gesellschaftliches Bündnis in über 30 Städten, verteilt über das Bundesgebiet, dem »Kompromissvorschlag« der Bundesregierung zur Neuregelung des § 219a StGB eine klare Absage zu erteilen. Tausende Menschen beteiligten sich an den Aktionen. Im Sinne der Informationsfreiheit für ungewollt Schwangere sowie der Entkriminalisierung von Ärzt*innen wurde der Bundestag aufgefordert, § 219a endlich aus dem Strafgesetzbuch zu streichen.

Auch in Berlin, am Rosa-Luxemburg-Platz, gab es vielfältige und bunte Aktionen. Ärzt*innen, Politiker*innen, Expert*innen, Schwangerschaftskonfliktberater*innen sowie Aktivist*innen und Künstler*innen sprachen sich für die Streichung von § 219a StGB aus und kritisierten die Eckpunkte der Bundesregierung aufs Schärfste.

Bereits mehrere Wochen zuvor mobilisierten die Jungen Humanist*innen für den Aktionstag, um für die Frauenrechte – oder besser gesagt: die Menschenrechte – auf die Straße zu gehen. **Denn wir wollen, dass alle Menschen in Deutschland ohne Bevormundung und Diskriminierung über ihr Liebesleben und die eigene Familienplanung entscheiden können und bei der Wahrnehmung ihrer Rechte unterstützt werden, unabhängig von ihrer Herkunft, sexuellen und gesellschaftlichen Orientierung oder sozialen, ökonomischen und gesundheitlichen Situation.**

Der von uns abgelehnte Gesetzesentwurf beinhaltet, dass es Ärzt*innen weiterhin nicht möglich sein wird, die nach ihrer medizinischen Einschätzung richtigen, vollumfassenden Patient*inneninformationen zum Schwangerschaftsabbruch zur Verfügung zu stellen. Der Umweg über staatliche zentrale Institutionen stellt unseres Erachtens eine weitere Hürde für schwangere Personen dar, sich selbstbestimmt, vollständig und barrierearm Informationen zum Schwangerschaftsabbruch zu beschaffen. Schwangerschaftsabbrüche gelten laut Weltgesundheitsorganisation als normaler Bestandteil reproduktiver Gesundheitsversorgung.

Der Gesetzesentwurf sieht vor, dass die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung die Liste mit Ärzt*innen veröffentlicht, die Schwangerschaftsabbrüche anbieten.

»Wir wollen, dass alle Menschen in Deutschland ohne Bevormundung und Diskriminierung über ihr Liebesleben und die eigene Familienplanung entscheiden können.«

Wir Jungen Humanist*innen ziehen an dieser Stelle in Zweifel, dass sich alle Ärzt*innen melden, die Schwangerschaftsabbrüche anbieten, weil sie auch mit der vorgeschlagenen, veränderten Gesetzeslage weiterhin offene Anfeindungen von Abtreibungsgegner*innen fürchten müssten.

Es wird im vorgelegten Gesetzentwurf als Alternative richtigerweise darauf hingewiesen, dass eine Streichung des § 219a StGB möglich wäre, als Konsequenz dessen jedoch behauptet, es könne dann zu Werbung in »grob anstößiger Art und Weise« oder zur »Anpreisung« kommen. **Das ist in unseren Augen schlicht ein Scheinargument, denn dies ist Ärzt*innen bereits durch Regelungen der Bundesärztekammer untersagt. Ebenso wird dadurch implizit die Frauen*feindliche Behauptung aufrechterhalten, Frauen und ungewollt Schwangere würden sich durch Werbung zu einem Abbruch beeinflussen lassen.**

Die Stigmatisierung von Schwangerschaftsabbrüchen und Ärzt*innen, die sie anbieten, wird durch den Erhalt des § 219a StGB fortgesetzt. Eine tatsächliche Verbesserung der Situation erreichen wir nur mittels einer Streichung, darum fordern wir nach wie vor: **Keine Kompromisse, weg mit § 219a StGB!** ●



Sarah Köhler (19) ist bereits seit sieben Jahren ehrenamtlich bei den Jungen Humanist*innen aktiv und seit Mitte 2018 ehrenamtliches Vorstandsmitglied.

Das fehlende Mangalsutra Frauenrechte in Indien

Von Sangeeta Mall

Das Rollenbild der Frau ist in Indien noch sehr traditionell geprägt und das Kastensystem trägt maßgeblich zu seiner Erhaltung bei: Der Status der Frau ist hier geringer als der der niedrigsten Kaste. Kulturelle Normen sind schwer zu durchbrechen, aber Bewegungen wie #MeToo und ein moderneres Verständnis von Frauen in den Medien geben Anlass zur Hoffnung.

Noch vor wenigen Jahren sah man in Bollywood-Filmen die typische Darstellung der verheirateten indischen Frau: in traditioneller indischer Kleidung, das rote Bindi auf der Stirn und ein Mangalsutra um den Hals, eine Halskette mit besonderer Bedeutung. Mangal bedeutet verheißungsvoll, Sutra steht für Faden. Dieses geweihte Schmuckstück ähnelt ein wenig dem Ehering im Westen, jedoch mit einem Unterschied: In Indien trägt nur die Frau die Halskette, der Ehemann hat keinerlei äußere Merkmale der Ehe. Die Frau wird erkennbar »genommen«, während der Mann frei ist.

Wird ein Mangalsutra gestohlen, so wird der Diebstahl stets angezeigt und verfolgt. Sowohl die Polizei als auch das Opfer empfinden eine besondere Sensibilität des Verbrechens, am Mangalsutra ist unter allen Umständen festzuhalten. Für den Dieb ist es nur ein Wertgegenstand, der gegen Bargeld eingelöst werden kann, aber für die Frau, den Mann und die Gesellschaft insgesamt ist es ein Symbol für die Heiligkeit des Eheverhältnisses – dessen Aufrechterhaltung allein in der Verantwortung der Frau liegt.

Zugleich liegt der Unterhalt der Frau bzw. der Ehefrau jedoch in niemandes Verantwortung, was sich in einigen gefährlichen Aspekten zeigt. So verzeichnet Indien die größte Zahl unterernährter Kinder auf der Welt. Ein wesentlicher Grund dafür ist das Alter der Mütter, zu einem großen Teil sind diese noch Jugendliche. Über drei Viertel der Mütter sind anämisch und nehmen während der Schwangerschaft weniger als die Hälfte des Gewichts im weltweiten Durchschnitt zu. Die Ursachen für diese erschreckenden Zahlen sind nicht schwer zu finden.

In Indien ist die Frau die Hüterin der Ehre der Familie. Selbst heute noch ist das Narrativ in Indien verbreitet, wonach ein Mädchen geboren wird, um einmal die Familie zu schmücken, in die sie später einheiratet wird. Deshalb gilt es, bis dahin mit allen Mitteln ihre Tugend zu sichern und sie »rein« zu halten. Da sie für eine andere Familie bestimmt ist, bedeutet sie bis zu ihrer Heirat eine Verschwendung der wertvollen Ressourcen ihrer Familie. Das Mädchen bekommt weniger zu essen, erhält eine geringere Schulbildung, erhält sehr wenig medizinische Hilfe, wenn es überhaupt überlebt. Und wenn es schließlich verheiratet wird, ist

die Einstellung in der neuen Familie die gleiche: Ein Mädchen ist ein Gut, das für Hausarbeit genutzt wird und Nachkommen hervorbringt, vorzugsweise männliche. Es ist üblich, dass die Frauen und Mädchen eines Haushalts zuletzt essen, keine persönlichen Ansprüche haben und die Männer den Löwenanteil der familiären Ausgaben auf sich vereinen. Schwangere Frauen haben keine Privilegien und erhalten keine zusätzliche Ernährung. In Anerkennung der Schwere des Problems stellt die Regierung inzwischen kostenlos Eisen- und Folsäure-Tabletten für schwangere Frauen zur Verfügung. Nichtsdestotrotz ist Ernährung für Frauen in vielen Haushalten noch immer ein unerschwinglicher Luxus, ironischerweise auch in solchen, die nicht mittellos sind. Oft überlässt die schwangere Frau die nährstoffreichere Nahrung, die sie im Rahmen eines Ernährungsprogramms erhalten hat, ihren Kindern oder ihrem Mann: Sie hält sie für eine Sonderbehandlung »würdiger« als sich selbst. Die Regierung kann zwar gegen körperlichen Missbrauch vorgehen, doch kulturelle Normen sind viel schwieriger zu verändern. Und kulturell steht die Frau an letzter Stelle in der Hierarchie, häufig noch unterhalb des Viehs.

Warum bleibt Indien im internationalen Vergleich zurück?

Weltweit haben sich die Frauen mit dem Übergang zur Industrialisierung emanzipiert. Berufstätige Frauen verändern das Narrativ und werden sozial stärker. Auf dem indischen Subkontinent ist das jedoch nicht der Fall. Die Kombination zweier grundlegender Probleme führt dazu, dass Frauen hier in ihrem Status quo verharren – oder, wie Statistiken zeigen, sich ihre Situation gar verschlimmert.

»Ein Mädchen ist ein Gut, das für Hausarbeit genutzt wird und Nachkommen hervorbringt, vorzugsweise männliche.«

»Kulturell steht die Frau an letzter Stelle in der Hierarchie, häufig noch unterhalb des Viehs.«

Das Kastensystem ist ein Monster, das die meisten Anstrengungen um die weibliche Emanzipation verschlingt. Innerhalb des Systems ist der Status der Frau geringer als der der niedrigsten Kaste. Gleichzeitig sorgt die Endogamie, das System der Ehe innerhalb derselben Kaste, dafür, dass sich die traditionelle Ausrichtung der Geschlechterrollen fortsetzt, auch innerhalb bürgerlicher Haushalte in der Stadt. So muss die Frau oft ihren Mann und ihre Schwiegereltern um Erlaubnis bitten, nach der Heirat weiter arbeiten zu dürfen. Sehr häufig wird diese Erlaubnis jedoch bei der Geburt des ersten Kindes entzogen. Die Mutter ist fast allein für Erziehung und Haushalt verantwortlich.

Ein Bericht der OECD vor einigen Jahren ergab, dass der indische Mann nur 19 Minuten täglich mit Hausarbeit verbringt, was zu den niedrigsten Raten der Welt zählt. In einem Index der geschlechtsspezifischen Ungleichheit stufte die UNO Indien im Jahr 2013 auf Platz 132 von 148 Ländern ein.

Das geringe Wachstum der Industrie und Wirtschaftswachstum ohne Rückgang der Arbeitslosigkeit haben dazu geführt, dass die Beteiligung von Frauen am Arbeitsmarkt in den letzten Jahren gesunken ist. Die restriktiven Arbeitsgesetze, die eigentlich die Rechte der organisierten Arbeit schützen sollen, haben dazu geführt, dass Unternehmer sich eher für den Import als für die eigene Produktion entscheiden. In der Folge herrscht eine große Nachfrage nach den wenigen existierenden Arbeitsplätzen in der Fertigung. Frauen, ohnehin durch die äußeren Rahmenbedingungen gelähmt, können dieses Rennen nur verlieren.

Mit der zunehmenden Urbanisierung schrumpft zugleich die Zahl der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte, wo die Frauenquote traditionell hoch war. Frauen werden also aus dem Arbeitsmarkt gedrängt, noch bevor sie tatsächlich in großer Zahl eintreten konnten. Der Mangel an Frauen in der Erwerbsbevölkerung bedeutet nicht nur enorme

Verluste für die Wirtschaft, sondern auch, dass die traditionellen Geschlechterrollen weiterhin sozial verfestigt werden.

Dies zeigt sich auch in der Bildung: Zwar ist die Alphabetisierungsrate bei Mädchen und Frauen in den letzten Jahrzehnten gestiegen, betrachtet man jedoch High School und das College, zeichnen die Zahlen nach wie vor ein düsteres Bild: weniger als ein Drittel der indischen Mädchen schließen ihre Ausbildung ab. »Die Einschulungsquote für junge Mädchen sinkt von 88,7 Prozent in der Primarstufe auf 51,93 Prozent in der Sekundarstufe und auf 32,6 Prozent im oberen Sekundarbereich. Etwa jedes fünfte Mädchen, das sich immatrikuliert hat, scheidet nach der 8. Klasse aus«, so ein Artikel der *Financial Express*. Eine der Hauptursachen dafür ist der eingeschränkte Zugang zu weiterführenden Schulen. Mädchen haben keine Möglichkeit, zu Schulen zu reisen, die weit entfernt von ihrem Zuhause liegen. Fehlende Hygiene und Sanitärversorgung sind ein weiterer Grund für Mädchen, nach der Grundschule auszuscheiden: Kaum eine Schule in den ländlichen Gebieten und nur sehr wenige in den Städten bieten Privatsphäre und Toiletteneinrichtungen für Mädchen, was vor allem während der Menstruation hochproblematisch ist. Viele Mädchen bleiben daher dem Unterricht fern, wenn sie menstruieren, oder brechen die Schule ganz ab.

Das gefährlichste Land für Frauen

Eine Studie der Thomson Reuters Foundation stufte Indien als das gefährlichste Land der Welt für Frauen ein. Als der Bericht bekannt wurde, folgte im Land ein lautes Heulen der Empörung, Argumente zur Entkräftigung der Studie gab es jedoch nicht. Indiens Premierminister Narendra Modi rief vor einigen Jahren die Kampagne *Beti Bachao, Beti Padhao* (auf Deutsch etwa: »Schützt die Töchter, bildet die Töchter«) ins Leben, womit die Tatsache anerkannt wird, dass Kindsmorde und Fetozide weiblicher Föten in Indien weit verbreitet sind. Das hat die Folge, dass Indien eines der niedrigsten Geschlechterverhältnisse weltweit aufweist.

Dem Slogan des Premierministers zum Trotz gibt es in den meisten der von seiner Partei regierten Staaten eklatante Versuche, die Freiheit von Mädchen und Frauen einzuschränken. Ausgangssperren und Kleiderordnungen für Studentinnen



Mit der zunehmenden Urbanisierung sinkt die Zahl Arbeitskräfte in der Landwirtschaft, wo die Frauenquote traditionell hoch war.

sind vielerorts zur Norm geworden. Die Hochschulen schränken die Mobilität von Frauen ein und begründen dies mit der sich verschlechternden Lage von Recht und Ordnung. Umherziehende junge Männer, die Frauen belästigen und bedrängen, werden jedoch nicht bestraft. Eine geradezu kafkaeske Entwicklung gab es vor einigen Jahren im nördlichen Bundesstaat Haryana, wo das Geschlechterverhältnis am niedrigsten ist: Hier wurden von den Dorfältesten alle Mädchen von der Schule ausgeschlossen, als die Gefahr der Belästigung durch Jungen außer Kontrolle geriet. Es wurden jedoch keinerlei Maßnahmen gegen die Jungen ergriffen, die weiterhin zur Schule gehen und alle Rechte und Vorteile genießen konnten.

Man könnte annehmen, dass Urbanisierung und Modernisierung die Situation der Mädchen zum Vorteil verändert haben. Und tatsächlich gibt es inzwischen in fast allen Staaten Indiens finanzielle Förderungen, um Mädchen zur Schule zu schicken, und viele Staaten bieten monetäre Anreize für Familien mit Töchtern, um das Geschlechterverhältnis zu verbessern. In Großstädten heiraten immer mehr junge Frauen aus freiem Willen und überwinden so die Hegemonie der Kasten. Doch die Geschwindigkeit der Veränderung entspricht der einer Schnecke. Das gewaltige männliche Mandat wehrt die meisten Versuche zur Emanzipation der Frau ab. Ein Gesetzentwurf, der vorsah, den Prozentsatz weiblicher Abgeordneter auf ein Drit-

tel zu erhöhen, wurde von jeder der politischen Parteien gedrosselt. Auch der Aufstieg der Hinduistischen rechten Partei BJP (Bharatiya Janata Party) mit einer äußerst männerzentrierten Kultur und die Aufwertung traditioneller Praktiken haben die feministische Agenda zurückgeworfen. Und in den sozialen Medien sind Androhungen sexueller Gewalt gegenüber Frauen fast alltäglich geworden.

#MeToo in Indien

Das alles sind deprimierende Zustände, doch es gibt kleine Anzeichen dafür, dass sich die Dinge ändern. Mit #MeToo rückte weltweit die Auseinandersetzung mit weiblicher Emanzipation und Frauenrechten nach langer Zeit wieder in den Mittelpunkt. Auch Indien hatte im vergangenen Jahr für ein paar Monate seine #MeToo-Debatte.

»Das Kastensystem ist ein Monster, das die meisten Anstrengungen um die weibliche Emanzipation verschlingt.«

Journalistinnen, Filmschauspielerinnen, Juristinnen – alle traten vor, um ihr persönliches Martyrium zu schildern. In der Folge musste ein hochrangiger Minister der derzeitigen Regierung zurücktreten, außerdem beschlossen die politischen Parteien, einen formalen Beschwerdemechanismus zur Bekämpfung sexueller Belästigung einzuführen.

Intellektuelle warfen der #MeToo-Bewegung jedoch auch vor, elitär zu sein, und verwiesen auf die Notlage armer Frauen, die ständig sexuellen Übergriffen, Spott und Belästigung ausgesetzt sind. Die Möglichkeit dieser Frauen, sich zu wehren oder sich zu beschweren, so der Vorwurf, sei verschwindend gering, da ihr Lebensunterhalt von ihrer Arbeit abhängt und sofort bedroht wäre, wenn sie Probleme ansprächen.

Einer der größten Treiber der #MeToo-Bewegung ist die Möglichkeit zu wählen, doch Millionen indischer Frauen haben keine solche Wahl. Dennoch: Die Bewegung konnte die Vorteile der sozialen Medien nutzen, um im urbanen Indien viral zu werden. Das seit Generationen bestehende männliche Privileg hat in jüngster Zeit eine kleine, aber bedeutende Delle abbekommen. Zum ersten Mal sprachen Frauen offen über ihr Privatleben und stellten sich der Kritik konservativer Gruppen, sie seien »schamlos«. Und auch in Fernsehsendungen ändert sich jetzt die Tonlage. Auch wenn es sich bei ihrem Publikum vor allem um Frauen mittleren Alters aus Kleinstädten und Dörfern handelt, die als sehr orthodox gelten, wurden die Sender aufgrund sinkender Zuschauerzahlen gezwungen, weibliche Rollen neu zu definieren. Es ist nun nicht mehr ungewöhnlich, alleinerziehende Mütter auf dem kleinen Bildschirm zu sehen, und auch vorehelicher Sex und berufstätige Frauen werden zunehmend thematisiert – eine klare Antwort auf die sich verändernde Rolle der Frauen in Indien.

Wie weit der Weg jedoch noch ist, zeigt unter anderem die Sabarimala-Kontroverse. Im südlichen Bundesstaat Kerala ist es allen menstruierenden Frauen, d.h. allen Frauen im Alter zwischen zehn und fünfzig Jahren, untersagt, den Tempel von Sabarimala zu betreten. Der Oberste Gerichtshof Indiens hat im September 2018 diese Praxis mit der Begründung verboten, dass sie das Grund-

recht auf Gleichheit verletze. In der giftigen Atmosphäre fundamentalistischer Politik, die Indien derzeit prägt, hetzten politische Parteien, insbesondere die regierende rechtskonservative BJP, gegen dieses Urteil. Dass auch Frauen an organisierten Protesten teilnahmen, führte zu einer scheinbaren Legitimierung der Aufhebung des Gerichtsurteils und der Wiederherstellung des Status quo. Bei alledem wurden Brauch und Tradition zitiert – es gibt jedoch Belege dafür, dass der Ausschluss von Frauen erst 1965, also vor relativ kurzer Zeit, eingeführt wurde. Frauen, die versuchten, den Tempel zu betreten, sahen sich der Gewalt des Mobs ausgesetzt und wurden teils sogar von der Polizei aufgefordert, den Tempel nicht zu »beflecken«. Es gab gewalttätige Auseinandersetzungen und sogar einen Todesfall. Die Sabarimala-Kontroverse in Kerala, das als einer der fortschrittlichsten Staaten des Landes gilt, zeigt, wie stark der untergeordnete Status von Frauen in die öffentliche Wahrnehmung eingebrannt ist. Sämtliche Entwicklungen, die festgefahrene Überzeugungen und Praktiken in Frage stellen, stoßen auf heftigen Widerstand.

Der #MeToo-Diskurs zeigt die Verbindung Indiens mit einer globalen Bewegung für die weibliche Emanzipation, die Sabarimala-Kontroverse hingegen illustriert die Manifestation des unterlegenen, minderwertigen Status' von Frauen. Es wird noch lange dauern, bis sich eine Frau in Indien sicher, gestärkt und frei fühlen kann und sich nicht länger dem dominanten männlichen Narrativ unterordnen muss. Aber die zarten Triebe der Emanzipation wachsen allmählich. Das Narrativ der stillen, leidenden Frau, die ihre Tugend um jeden Preis verteidigt, wird allmählich zu einem veralteten Konzept. ●

Dieser Artikel erschien 2018 im englischen Original »The missing mangalsutra« im Magazin *Australian Humanists* (Ausgabe 132). Sangeeta Mall hat ihren Text für *diesseits* angepasst und aktualisiert. Die Übersetzung ins Deutsche stammt von Lydia Skrabania.



Sangeeta Mall ist Schriftstellerin und hat bereits zwei Romane veröffentlicht. Die in Mumbai lebende Autorin war zuvor unter anderem als Redakteurin der *International Humanist News* tätig.

A close-up portrait of a woman with short brown hair and bangs. She has a black 'X' drawn on her left cheek and a small gold nose ring. She is wearing a purple scarf and a dark jacket with a white fur collar. The background is a blurred outdoor setting with a fence and hills.

»Wir sollten den Frauen zutrauen, diese Entscheidung selbst zu treffen«

Kate Cahoon im Interview mit Lydia Skrabania

Das Bündnis für sexuelle Selbstbestimmung (BfsS) ist ein ehrenamtliches Bündnis aus mittlerweile über 30 Organisationen, darunter Parteien, Frauenverbände, Frauenkreise, kleinere NGOs, Gewerkschaften, Beratungsstellen, sowie vielen Einzelpersonen. Der Humanistische Verband Deutschlands gehört zu den Gründungsmitgliedern, die das Bündnis 2012 ins Leben riefen. Das Bündnis rückte in jüngster Zeit in den Fokus medialer Aufmerksamkeit, vor allem wegen seiner Kampagne zur Streichung von § 219a. Im Interview erzählt die Aktivistin **Kate Cahoon**, warum sie die Bündnisarbeit für so wichtig hält, welche Ziele damit verfolgt werden und warum sich das Bündnis für eine ersatzlose Streichung des Paragraphen 218 einsetzt.

Kate, das Bündnis für sexuelle Selbstbestimmung hat sich 2012 gegründet, vor allem als Antwort auf den sogenannten »Marsch für das Leben«. Versteht ihr euch noch immer als eine Art Gegenbewegung?

Unsere Hauptaktivität ist nach wie vor der Protest gegen den »Marsch für das Leben« im September, deshalb glaube ich, dass das manchmal so verstanden wird. Allerdings rufen wir da nicht zu einem Gegenmarsch auf, sondern zu einer Veranstaltung für die sexuelle Selbstbestimmung. Wir stellen also positive Forderungen.

2012 wurde von den Gründungsmitgliedern offenbar die Notwendigkeit gesehen, das Bündnis zu gründen. Wie hat sich das geäußert?

Es gab damals eine starke Wahrnehmung, dass sich im gesellschaftlichen Klima etwas verschoben hat. Gerade die Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen haben berichtet, dass Frauen eine andere Sprache benutzen, wenn sie kommen und Hilfe suchen. Dass sie, wenn sie einen Schwangerschaftsabbruch brauchen, davon sprechen, dass sie ihr Kind töten müssten. Gleichzeitig wurde deutlich, dass die sogenannte Pro-Life-Bewegung, bestehend vor allem aus christlichen Fundamentalisten, am Erstarren war, die eben diese Märsche organisiert hat. Und das waren schon nennenswerte Zahlen von Leuten, die da auf die Straßen

gegangen sind, zum Höhepunkt vor ein paar Jahren etwa 7.000 Menschen. Es war also offensichtlich, dass hier mobilisiert wurde und das auch einen Einfluss auf die Gesellschaft hat. Es war also wichtig, dem etwas entgegenzusetzen, Forderungen zu entwickeln und ein breites Bündnis dafür aufzubauen, um positive Änderungen zu erzielen.

Und welche Entwicklungen habt ihr in den vergangenen Jahren beobachtet?

Schwangerschaftsabbruch ist zum ersten Mal seit ungefähr 20 Jahren wieder ein Thema, das im Mittelpunkt der öffentlichen Debatte steht. Vor allem seit der Verurteilung der Ärztin Kristina Hänel ist die Aufmerksamkeit dafür enorm gestiegen. Dabei geht es auch nicht nur um den Paragraphen 219a, denn wir haben es auch geschafft, die schlechte Versorgungslage zu thematisieren und dass die Durchführung des Eingriffs in der medizinischen Ausbildung gar nicht mehr gelehrt wird. Es gibt Gegenden in Deutschland, in denen es kaum möglich ist, einen Schwangerschaftsabbruch durchführen zu lassen und wo ungewollt Schwangere dafür sehr weit fahren müssen.

Es ist sehr wichtig, diese Aspekte öffentlich zu machen. Gerade mit dem Erstarren der Rechten und dem von ihnen propagierten Familienbild nach »deutscher Leitkultur« ist es nicht unwahr-

»Gerade mit dem Erstarren der Rechten und dem von ihnen propagierten Familienbild nach »deutscher Leitkultur« ist es nicht unwahrscheinlich, dass wir weitere Angriffe auf Frauen und Frauenrechte erleben werden«

scheinlich, dass wir weitere Angriffe auf Frauen und Frauenrechte erleben werden.

Wir sehen das als eine Gefahr nicht nur für Frauen, sondern auch für Migrantinnen und Migranten und für von Rassismus betroffene Menschen oder Menschen aus der LGBTI-Community an. Wir erleben diese Angriffe bereits, deshalb ist es sehr wichtig, dass wir aktiv werden, dass wir uns vernetzen. Es geht insgesamt um die sexuelle Selbstbestimmung, um ein progressives Familien- und Gesellschaftsbild, für das wir uns einsetzen. Familie kann ganz unterschiedlich aussehen.

Ihr steht gerade vor allem mit den Aktionen für die Streichung des Paragraphen 219a medial im Fokus. Wie seht ihr den sogenannten Kompromiss der Regierungsparteien dazu?

Wir lehnen ihn entschieden ab. Und es ist uns sehr wichtig, dass die mediale Erzählung die Dinge beim Namen nennt: Das ist kein Kompromiss, das ist kein Fortschritt. Es gibt weiterhin keine Rechtsicherheit für Ärzte: Sobald sie weitere Informationen aufnehmen, die über die Tatsache hinausgehen, dass sie Schwangerschaftsabbrüche vornehmen, machen sie sich strafbar. Zugleich ist die angestrebte zentrale Liste bei der Bundesärztekammer nicht ausreichend. Es ist ganz offensichtlich keine Lösung. Wir bleiben dran und fordern weiterhin die Streichung. Das wird politisch schwierig, aber die Prozesse der verklagten Ärztinnen stehen ja noch an und Kristina Hänel hat schon angekündigt, damit bis zum Bundesverfassungsgericht zu gehen. Das ist auch eine Chance für uns, das öffentliche Interesse an dem Thema dafür zu nutzen, die Kriminalisierung und Stigmatisierung des Schwangerschaftsabbruchs zu thematisieren. Wir haben auf jeden Fall genug zu tun, auch über die Frage von Paragraph 219a hinaus.

Was sind eure anderen Forderungen?

Wir als Bündnis fordern die komplette Entkriminalisierung des Schwangerschaftsabbruchs, also die Streichung der Paragraphen 218 und 219 aus dem Strafgesetzbuch. Die Probleme bezüglich der medizinischen Versorgung stammen daher, Schwangerschaftsabbruch nach wie vor ein Straftatbestand in Deutschland ist. Durch die Verankerung im Strafgesetzbuch werden sie stigmatisiert. Dieser Komplex ist aber auch verbunden mit weiteren Forderungen nach kostenloser Verhütung und ausreichender Sexualaufklärung für alle. Viele

Kate Cahoon

Kate Cahoon (30) ist Australierin und lebt seit zehn Jahren in Deutschland. Seit fünf Jahren engagiert sie sich für das Bündnis für sexuelle Selbstbestimmung. Ihr Schwerpunkt in der Bündnisarbeit ist die bundesweite Vernetzung, vor allem zum Thema 219a.

Leute wissen außerdem nach wie vor nicht, wie die Gesetzeslage ist. Gerade junge Frauen denken oft, dass der Schwangerschaftsabbruch in Deutschland legal sei. Dafür Bewusstsein zu schaffen – worum geht es da und was steht da auf dem Spiel? –, das ist sehr wichtig.

Ihr fordert den »uneingeschränkten Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen«, also die ersatzlose Streichung von Paragraph 218.

Ja, denn was ist die Alternative, wenn eine Frau nicht die Möglichkeit hat, sich selbstbestimmt zu entscheiden, ob sie eine Schwangerschaft austrägt? Sie wird dazu gezwungen – oder es wird ihr nicht ermöglicht. Es kann nicht sein, dass Frauen nicht das Recht haben, über ihren eigenen Körper zu entscheiden. Schwangerschaftsabbruch ist nach unserer Ansicht ein normaler Teil der Familienplanung und der Gesundheitsversorgung. Frauen werden immer Schwangerschaftsabbrüche durchführen lassen, egal wie restriktiv die Gesetzeslage ist. Und interessanterweise werden die meisten Schwangerschaftsabbrüche in Deutschland bei Frauen durchgeführt, die schon Kinder haben.

Das würde aber bedeuten, dass Frauen auch noch im neunten Monat eine Schwangerschaft legal abbrechen könnten?

Keine Frau macht sich die Entscheidung leicht, eine Schwangerschaft abzubrechen. Und die absolute Mehrheit der Abbrüche passieren vor der zwölften Woche – und zwar auch in Ländern, wo es keine entsprechende Regel gibt, wie in Kanada. Auch dann, wenn der Staat sich nicht einmischt, ist es so, dass die allermeisten Frauen, die ungewollt schwanger werden, schnell handeln. Es kommt sehr, sehr selten vor, dass noch im neunten Monat

»Wenn du nicht frei entscheiden kannst, wann und ob du schwanger werden willst, dann bist du einfach kein vollmündiger Bürger.«

ein Abbruch vorgenommen wird – und wenn, dann ist es offensichtlich ein sehr dringender Fall, denn niemand macht das leichtfertig. Diese sogenannten »Spätabtreibungen« sind immer mit komplexen Einzelschicksalen verbunden, die nicht von außen beurteilt werden können.

Solch eine Spätabtreibung ist ja auch jetzt in Deutschland erlaubt, wenn eine medizinische Indikation vorliegt oder wenn das Leben der Mutter in Gefahr ist. Aber könnte nicht auch eine positiv formulierte Fristenregelung außerhalb des Strafgesetzbuches, wonach Schwangerschaftsabbrüche innerhalb einer gewissen gesetzlichen Frist grundsätzlich erst einmal legal sind – zu einer Entkriminalisierung führen?

Eine solche Frist ist de facto eine Einschränkung. Es gibt Frauen, die ihre Schwangerschaft erst sehr spät feststellen oder aber solche, bei denen sich im Verlauf der Schwangerschaft die Lebensumstände massiv verändern. Es gibt einfach sehr viele komplexe Faktoren, die diese Entscheidung prägen. Allein aus pragmatisch-medizinischen Gründen werden sich die meisten Frauen weiterhin an so etwas wie einer Zwölf-Wochen-Regelung orientieren, denn in diesem Zeitraum bedeutet ein Schwangerschaftsabbruch eben auch weniger Risiko und weniger körperliche Folgen.

Man muss zu Ende denken, was eine solche Fristenregelung für Konsequenzen für die Frau hat, die ungewollt schwanger ist. Daher setzt sich das Bündnis für die ersatzlose Streichung ein. Es gibt aber auch Stimmen im Bündnis für eine Art Fristenregelung. Das kann man diskutieren. Gerade die Beratungsstellen finden es sehr wichtig, dass das Beratungsangebot weiter abgesichert wird, unabhängig von diesem rechtlichen Konstrukt von Paragraph 218 und 219. Wenn dafür eine positiv formulierte Regelung in irgendeinem Rahmen gebraucht wird, dann sehe ich nicht, was dagegen spricht.

Nun ja, angeblich würden Frauen leichtfertig Schwangerschaften abbrechen, wenn man ihnen die freie Entscheidung überlässt.

Mit diesem Frauenbild, das auch von der Gegenseite verbreitet wird, kann ich einfach nichts anfangen. Mich entsetzt es, dass es Frauen nicht zugetraut wird, selbstbestimmt zu entscheiden, ob sie eine Schwangerschaft austragen wollen oder nicht. Ich brauche kein Gesetz, ich brauche keine Regelung, die mein Recht dann deutlich macht. Ich möchte keinen Eingriff in meine Selbstbestimmung, um zu entscheiden, ob ich Kinder möchte oder nicht. Es macht mich immer wieder wütend, dass Frauen unterstellt wird, sie könnten nicht damit umgehen. Wenn wir das nicht entscheiden können – warum dürfen wir überhaupt wählen, warum dürfen wir politische Ämter übernehmen?

In den USA gibt es den sehr schönen und treffenden Hashtag #trustwomen. Und ich finde, wir sollten den Frauen zutrauen, diese Entscheidung selbst zu treffen. Ihnen die Entscheidungsfreiheit wegzunehmen, bringt am Ende kein besseres Ergebnis. Wir brauchen Unterstützungsangebote, wir brauchen Beratung und finanzielle Absicherung werdender Mütter. Was wir nicht brauchen, ist eine Einschränkung der Entscheidungsfreiheit.

Wie antwortet ihr auf Vorwürfe, ihr würdet »ungeborenes Leben ermorden« wollen? Denn ein Fötus wäre im neunten Monat ja bereits lebensfähig. Ab wann fangen die Rechte für das ungeborene Kind an?

Ab dem Moment, ab dem es gewollt auf die Welt kommt. Wenn man einem Fötus ein Lebensrecht zuspricht, was medizinisch ohnehin sehr umstritten und überhaupt nicht eindeutig definiert ist – was Leben ist und was nicht –, dann kommt man sehr schnell in eine Situation, wo das Lebensrecht des Fötus der Frau gleichgestellt ist und eventuell sogar über das der Frau gestellt wird.

Dann ist es sehr schwierig, medizinisch daraus abzuleiten, was geschehen soll, wenn das Leben einer Frau durch die Schwangerschaft gefährdet ist. Um solch einen Fall ging es in Irland bei Savita Halappanavar, der ein Abbruch verweigert wurde. Sie starb, was zumindest zu einer neuen Protestwelle

gegen die inhumane irische Gesetzgebung führte und endlich zur Liberalisierung. Solange der Fötus also abhängig vom Körper der Frau ist, liegt die Entscheidung bei der Frau. Alles andere führt dazu, dass eine Frau gezwungen wird, zu gebären. Das ist nicht vereinbar mit der Mündigkeit einer Person. Diese Gebärpflicht ist das, was abgeschafft werden muss.

Dem Bündnis wird aber genau deshalb vorgeworfen, es sei »gegen Kinder«.

Ja, das hören wir oft und das ist eine ziemliche Verdrehung. Denn die angeblichen Lebensschützer, die uns das vorwerfen, tun ihrerseits nicht gerade viel dafür, Leben zu schützen, wenn es über den Embryo hinausgeht. Sie setzen sich nicht ein für Kinder, die in Armut leben oder für Geflüchtete. Das ist eine sehr heuchlerische Politik, die sehr wenig mit tatsächlichem Lebensschutz zu tun hat.

Viele Leute fragen mich und auch andere im Bündnis, die Kinder haben: »Hat sich eure Meinung verändert, seht ihr das jetzt anders mit der Frage des Lebens, seitdem ihr Eltern seid?« Ich kann für mich persönlich nur sagen, dass sich meine Überzeugung, dass die Selbstbestimmtheit das Wichtigste ist, verstärkt hat, seitdem ich Schwangerschaft und Geburt miterlebt habe. So etwas darf nicht unter Zwang passieren. Kinder sind so eine riesige Herausforderung, eine Aufgabe, die das gesamte Leben prägt – und es ist das Tollste, was mir jemals passiert ist. Aber genau deshalb muss das jede frei entscheiden können, deshalb darf niemand dazu gezwungen werden. Bei so einer wichtigen Aufgabe musst du innerlich dahinterstehen. Wie Kristina Hänel es formuliert hat: Wir setzen uns im Bündnis dafür ein, dass die Kinder, die auf die Welt kommen, gewollt sind und die besten Voraussetzungen haben für ein selbstbestimmtes Leben.

Auf der Seite des Bündnisses findet man die Aussage »Sexuelle Selbstbestimmung ist ein Menschenrecht«. Was bedeutet das eigentlich?

Die körperliche Unversehrtheit und Entscheidungsfreiheit sind Rechte, die jedem Menschen zustehen. Es gibt keinen anderen, auch keinen medizinischen Bereich, wo der Staat so stark eingreift wie bei dieser Frage des Schwangerschaftsabbruchs. Wenn du nicht frei entscheiden kannst, wann und ob du schwanger werden willst, dann bist du einfach kein vollmündiger Bürger.

Danke für das Gespräch! ●



Plädoyer für eine humanistische Debatte zum § 218

Position der Arbeitsgruppe des HVD-Bundesverbandes

Auf dem HVD-Bundesausschuss vom 15.12.2018 wurde mehrheitlich der »Beschluss des HVD zur sexuellen Selbstbestimmung als Menschenrecht« verabschiedet. Dieser enthält in Punkt 3 auch »die Streichung des § 218 aus dem Strafgesetzbuch«, da dies unter anderem für »die Gleichstellung der Geschlechter einen grundlegenden Faktor« darstelle. Ein geforderter »uneingeschränkter Zugang zu legalem Abbruch« sei zudem mit einer entmündigenden Pflichtberatung unvereinbar.

Aufgrund von Minderheitenvoten gegen den Beschluss wurde im Nachgang zu diesem Punkt, der der Position des Bündnisses für sexuelle Selbstbestimmung, zu dessen Gründungspartnern der Humanistische Verband Deutschlands gehört, entnommen ist, eine Arbeitsgruppe damit beauftragt, einen gesamtverbandlichen Prozess anzustoßen. Dieser soll uns Humanist*innen in die Lage versetzen, eine ethisch und gesellschaftspolitisch fundierte Position zur Neuregelung des Schwangerschaftsabbruchs zu formulieren.

Aus Sicht der Arbeitsgruppe sollte eine humanistische Haltung medizinisch-wissenschaftliche Erkenntnisse sowie Entwicklungen berücksichtigen wie die Empfindungsfähigkeit des Fötus sowie seine mögliche Überlebensqualität außerhalb des Uterus etwa ab der 26. Schwangerschaftswoche. Sofern es sich nicht simplifizierend um das religiös-fundamentalistische Lebensschutz-Axiom handelt, wonach die befruchtete Eizelle im Sinne der göttlichen Schöpfung vor jeglichen Eingriffen zu bewahren sei, sind verschiedene Auffassungen aber zu respektieren oder zumindest respektvoll zur Kenntnis zu nehmen. Um unserem weltanschaulichen Anspruch eigenstän-

diger Reflexion, differenzierter Bewertung und auch gesellschaftspolitischer Kompromissfähigkeit gerecht zu werden, sollten wir uns allgemein bestimmten »Pro« oder »Contra« Positionen nicht vorbehaltlos anschließen.

Unser Ausgangspunkt ist vielmehr die Formulierung von Prof. Dr. Dagmar Fenner auf der Internetseite der Bundeszentrale für politische Bildung: »Die ethische Beurteilung des Schwangerschaftsabbruchs gehört zu den schwierigsten Problemen der Medizinethik.« Dieser Komplexität in der gesamtverbandlichen Diskussion gerecht zu werden und eine vertiefende Auseinandersetzung zu stimulieren, verstehen wir als Auftrag der Arbeitsgruppe.

Wenn wir zusätzliche Diskussionspunkte aufwerfen, so sehen nichtsdestotrotz auch wir beim Schwangerschaftsabbruch die Notwendigkeit einer grundlegenden Abkehr von der Kriminalisierung, wie sie sich derzeit im § 218 StGB darstellt. Zugleich besteht große Einigkeit mit diesen beschlossenen Forderungen (zitiert aus dem Antrag zum BHA vom 15.12.2018):

- nach der sofortigen Streichung des § 219a StGB;
- nach kostenfreiem Zugang zu Verhütungsmitteln einschließlich der »Pille danach« als Notfallverhütung;
- nach der Bereitstellung der wirtschaftlichen Mittel und nach sozialer, gesellschaftlicher Unterstützung für die Entwicklung einer qualitativ hochwertigen Infrastruktur für alle, die sich für Kinder entscheiden, damit sie die eigene selbstbestimmte Lebensplanung aufrechterhalten können.

Wir werben bezüglich des Schwangerschaftsabbruchs hiermit jedoch für eine Öffnung und Vertiefung der Debatte, ganz so, wie wir es in unserem Humanistischen Selbstverständnis (2015) propagieren: »Zur humanistischen Lebensweise gehören wesentlich Toleranz gegenüber Andersdenkenden und Bereitschaft zur engagierten Auseinandersetzung über Ideen und ihren Wahrheitsgehalt.«

Diesem Verständnis folgend wollen wir ergänzend die nachfolgenden Fragen stellen – und humanistische Antworten darauf finden, auch unter Einbeziehung von Expert*innen:

- Wie definieren wir im Kontext des Schwangerschaftsabbruchs das Recht auf Selbstbestimmung der Schwangeren? In welchem Spannungsverhältnis steht dieses zu möglichen Einschränkungen oder anderen Faktoren, die eine Verabsolutierung problematisch erscheinen lassen?
- Wo und wie sollten Schwangerschaftsabbrüche zukünftig geregelt sein – warum sollte kompromisslos und a priori auf jegliche strafrechtliche Bestimmung verzichtet werden?
- Wie definieren wir den »Fötus«? Handelt es sich um ein – gegebenenfalls schützenswertes – menschliches Wesen oder ist »der Fötus« integraler Bestandteil der Schwangeren, über den sie (uneingeschränkte) Entscheidungs- und Verfügungsgewalt haben soll/muss?
- Welche Kriterien sollte es für eine Neuregelung einer Fristenlösung und einer Indikationslösung danach geben? Ab welchem Schwangerschaftsmonat sind Schmerzreflexe, Empfindungsfähigkeit oder eigenständige Lebensfähigkeit des Fötus zu berücksichtigen?
- Wie verhält sich eine – angenommene – Schutzwürdigkeit des Lebensrechtes Ungeborener zu deren Entwicklungsstand? Welches sind die ethischen bzw. medizinischen Argumente?
- Wie kann eine Entstigmatisierung bei weitgehender gesellschaftlicher Akzeptanz einer Neuregelung erreicht werden, so dass Abbrüche in den ersten Wochen und Monaten der Schwangerschaft auch – wie gefordert – Ausbildungsinhalt in den medizinischen Studiengängen werden?
- Sollte Ärzt*innen (analog zur Sterbehilfe) weiterhin eingeräumt werden, entsprechende gewünschte Eingriffe aus religiösen oder sonstigen Gründen zu verweigern – oder soll es sich um eine ganz normale, im Arztrecht geregelte Behandlungspflicht aufgrund Patientinnenwunsches handeln?
- Wie könnten neue rechtliche Regelungen aussehen, die auch aktuelle medizinische und technologische Entwicklungen und mögliche zukünftige Tendenzen einbeziehen?
- Wäre auch eine tatsächlich zieloffene, aber weiterhin verpflichtende Beratung gleichzusetzen mit Entmündigung und Aberkennung der Entscheidungshoheit von Frauen?

Die Positionsfindung zur streitigen Frage des Umgangs mit dem § 218 bedarf unseres Erachtens mindestens ein Jahr der vertiefenden Erörterung. Ein erster Schritt hierzu wird eine Podiumsdiskussion sein, die voraussichtlich im Juni 2019 stattfindet und zurzeit geplant wird. Für dieses Podium wollen wir Expert*innen aus unterschiedlichen Fachgebieten (Medizinethiker*innen, Ärzt*innen, Jurist*innen u.a.) eine Stimme geben, die sich bereits lange mit der Thematik auseinandersetzen und die in ihr wohnende Komplexität abzubilden vermögen. Ort und Zeit werden so bald als möglich bekannt gegeben – über eine rege Diskussionsbeteiligung würden wir uns sehr freuen und laden bereits heute herzlich dazu ein. ●

Stellvertretend für die Arbeitsgruppe des Bundesverbandes: Katrin Raczynski, Hedwig Toth-Schmitz, Gita Neumann

Hedwig Henrich-Wilhelmi: Eine frühe Streiterin für Frauenrechte und Freidenkertum

Von Michael Schmidt



In einer Zeit, in der Frauen öffentliches politisches Engagement untersagt war, entwickelt sich **Hedwig Henrich-Wilhelmi** (1833–1910) zu einer sehr erfolgreichen Propagandistin für die Freidenker- und die Frauenbewegung. Sie ist in der Lage, selbst große Säle zu füllen. In ihren Reden und Schriften fordert sie die umfassende soziale und rechtliche Gleichstellung der Frauen.

Im Leben von Hedwig Henrich-Wilhelmi gibt es mehrere große Brüche. Bereits als junges Mädchen schreibt die Tochter eines Arztes und einer Schriftstellerin erfolgreiche Theaterstücke. Eine Karriere als Literatin scheint vorgezeichnet. Mit 20 Jahren heiratet sie den Kaufmann, Fabrikanten und späteren Konsul Ferdinand Wilhelmi. Indem sie einen Doppelnamen trägt, was in dieser Zeit sehr ungewöhnlich ist, signalisiert sie, dass sie mit der Ehe nicht ihre Eigenständigkeit aufgeben will. Allerdings stellt sie ihre eigenen Interessen zunächst zurück, als ihr Mann schon bald in wirtschaftliche Schwierigkeiten gerät. Sie tut alles zu seiner Unterstützung. Schließlich gelingt den beiden mit Hilfe von Freunden ein wirtschaftlicher Neustart in Spanien. Nun orientiert sie sich eher an der traditionellen Rolle einer großbürgerlichen Frau. In Granada führt sie einen Salon und ist im Austausch mit spanischen Intellektuellen und prominenten Besuchern aus dem deutschsprachigen Raum.

Bald nach der Geburt ihres zweiten Kindes, ihrem Sohn Louis, im Jahr 1863, wird ihr offenbar das privilegierte Hausfrauenleben zu eng. Sie beginnt wieder mit dem Schreiben, überwiegend Beiträge zur Geschichte und Kultur Spaniens. Ab 1866 reist sie mehrfach nach Deutschland, wo sie Kontakt zu führenden Demokraten, Sozialisten und Freidenkern wie Albert Dulk, Ludwig Pfau und Johann Philipp Becker aufnimmt. Stets jugendlich und elegant nach der Pariser Mode gekleidet, rauchend, trinkend und dabei leidenschaftlich diskutierend, verwirrt sie die Männerwelt gleich in mehrfacher Hinsicht. Aus der großbürgerlichen Literatin wird eine Frau, die nicht nur die klassische Frauenrolle, Religion und herrschende Moral in Frage stellt, sondern sich auch demokratischem und sozialistischem Gedankengut öffnet.

1884, nach dem frühen Tod ihres Sohnes, ändert sich ihr Leben erneut komplett. Hedwig Henrich-Wilhelmi gerät in eine Sinnkrise und sucht eine neue Aufgabe. Sie kehrt vollständig nach Deutschland zurück und lebt bei Albert Dulk in Stuttgart. Von Dulk, der noch im selben Jahr stirbt, ermutigt, beginnt sie ihr rednerisches Talent zu nutzen, um ihre weltanschauliche Überzeugung zu verbreiten. Von nun an hält sie Vorträge vor Freidenker- und Arbeitervereinen. Darin wirbt sie für freidenkerische Ideen und die Frauenemanzipation.

Die meisten Männer sieht Henrich-Wilhelmi nicht als Unterdrücker, sondern als Unterdrückte

Sie analysiert die Situation aller Frauen, nicht nur der proletarischen, und beklagt die allen Frauen gemeinsame »soziale Rechtsbeschränkung und politische Rechtlosigkeit. [...] Die demütigende Unselbständigkeit der Frau, ihre totale Abhängigkeit von dem Manne, ebenso im öffentlichen wie im politischen, wie auch im Privatleben.« Ihr Kampf richtet sich nicht gegen die Männer als solche, sondern gegen die gesellschaftlichen Verhältnisse, die die Ungleichheit hervorgebracht haben. Sie unterscheidet zwischen Unterdrückern und Unterdrückten, zu letzteren gehören nach Henrich-Wilhelmi auch die meisten Männer. Alle, die sich gegen jede Form der Unterdrückung wehren, betrachtet sie als Bündnispartner. »Nicht für ein besonderes Frauenrecht treten wir in die Schranken; nicht entgegen, sondern mit dem Manne kämpfen wir für ein gemeinsames Menschenrecht.«

Hedwig Henrich-Wilhelmi tritt für ein neues Verhältnis zwischen den Geschlechtern ein: »Nur freie Männer sind unsere Freunde, können unsere Freunde sein. Mit ihnen wandeln wir die dieselbe Bahn und kämpfen für ein gleiches und gemeinsames Menschenrecht.«

Emanzipation bedeutet für Hedwig Henrich-Wilhelmi nicht, die Unterschiede zwischen den Geschlechtern zu negieren. Sie besteht darauf, dass sich Frauen zu ihrer Weiblichkeit bekennen: »Wir wollen weder unmündige Kinder bleiben, noch bärtige Mannweiber werden, sondern ächte Frauen sein, freie selbstbewußte Wesen, anerkannt als die eine Hälfte der Menschheit, gleichwerthig und gleichgeachtet andern.«

»Nicht für ein besonderes Frauenrecht treten wir in die Schranken; nicht entgegen, sondern mit dem Manne kämpfen wir für ein gemeinsames Menschenrecht.«

Hedwig Henrich-Wilhelmi macht für die Unterdrückung der Frauen auch die Religion verantwortlich, die Frauen mit der Sünde gleichsetzt und das Bild der Frau als Dienerin des Mannes vermittelt.

Zu dieser Gleichwertigkeit gehört neben der Forderung nach gleichen Rechten auch jene nach gleichem Lohn für Frauen und Männer.

Für die Unterdrückung der Frauen macht sie auch die Religion verantwortlich, die Frauen mit der Sünde gleichsetzt und das Bild der Frau als Dienerin des Mannes vermittelt. »Niemand hat darum weniger Ursache als gerade die Frau mit ihren individuellen, sozialen und staatlichen Rechtsansprüchen an eine Religion sich zu lehnen, welche seit anderthalb Jahrtausenden die absolute Verderbtheit des Weibes als Dogma verkündet, ihre Frauenwürde geschändet, ihrer Menschen- und Bürgerrechte sie beraubt hat.« Entsprechend stellt sie fest: »daß eine religiöse Frau nur die Stütze ihrer eigenen Erniedrigung ist.«

Der Berliner Hofprediger und bekennende Antisemit Adolf Stoecker greift Hedwig Henrich-Wilhelmi als »Predigerin des Unglaubens« an, die Frauen aufhetze, »Religion, Kirche und den lieben Gott zu schmähen«. Er erreicht, dass sie in Berlin nicht mehr auftreten darf. Sie erhält immer wieder Anklagen wegen Gotteslästerung, wird aber nur einmal verurteilt und geht 1891 für zwei Monate ins Gefängnis.

Angriffe gibt es auch aus dem eigenen Lager. Den bürgerlichen Freidenkervereinen ist Hedwig Henrich-Wilhelmi zu sozialistisch. Auch bei der SPD

fällt sie in Ungnade, hatte sich diese doch schon früh entschieden, in ihrem Programm Religion zur Privatsache zu erklären. Vor allem nach dem Ende des Sozialistengesetzes wird die SPD zunehmend staatstragender und distanziert sich von antireligiöser Agitation. Hedwig Henrich-Wilhelmi kritisiert diese Haltung und widmet dem einen eigenen Vortrag: »Ist Religion Privatsache?« Dieser erscheint 1894 auch in gedruckter Fassung. Sie ist davon überzeugt, dass die Überwindung von Ausbeutung und Unterdrückung sowie die Befreiung der Frauen nicht möglich sind, ohne die Macht der Religion zu brechen.

Über persönliche Kontakte wird Hedwig Henrich-Wilhelmi in die USA eingeladen und hält dort zwischen 1887–1889 über 300 Vorträge zu zwölf verschiedenen Themen, einer davon trägt den Titel: »Frauenrecht ist Menschenrecht«. Die Vorträge erschienen 1889 in den USA auch in Buchform. Bei einer erneuten Vortragsreise in die USA bricht sie sich 1892 den Fuß. Aufgrund eines Behandlungsfehlers behält sie eine Gehbehinderung zurück. Reisen wird für sie immer mühsamer, auch wegen ihres zunehmenden Alters, und nicht zuletzt aufgrund der vielen Anfeindungen setzt bei ihr ein Prozess der Resignation ein. Ab Mitte der 1890er Jahre zieht sie sich aus der Öffentlichkeit zurück und widmet sich wieder der Literatur. Ihr Wirken gerät weitestgehend in Vergessenheit. ●

Alle Zitate stammen aus den beiden gedruckten Vorträgen: »Frauenrecht ist Menschenrecht«. Köln. o. J., sowie »Frauenlage und Frauenrecht« in: Vorträge von Hedwig Henrich-Wilhelmi. (Gehalten in Amerika 1887–1889). Milwaukee 1889. Die originale, altertümliche Rechtschreibung wurde beibehalten.

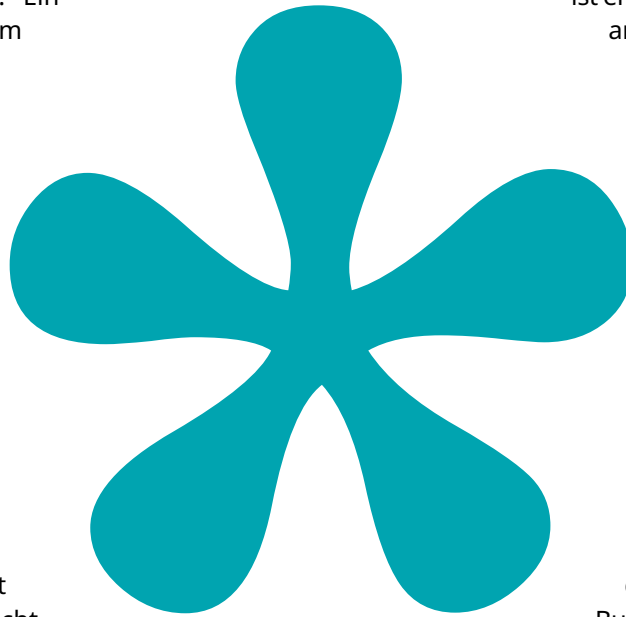


Michael Schmidt ist Diplom-Politologe und arbeitete bis zu seinem Ruhestand in der Abteilung Bildung des HVD Berlin-Brandenburg. Er war u.a. Projektleiter der Ausstellung »Humanisten im Fokus – Zerstörte Vielfalt«.

Ein Stern des Anstoßes

Liebe Humanist*innen ...« Diese Begrüßung hat manchen Leser (und sicher auch ein paar Leserinnen) irritiert. Was ist ein*e Humanist*in und wie soll ich diesen Stern bitte ansprechen?¹ Seit drei Ausgaben achten wir in der Redaktion der *diesseits* verstärkt auf geschlechtergerechte Sprache. Frauen werden also nicht nur mitgemeint, sondern explizit mit angesprochen. Ein generisches Maskulinum reicht dafür nicht aus. Zahlreiche Studien² zeigen auf, dass dieses nicht als geschlechtsneutral, sondern spezifisch männlich wahrgenommen wird. Auch die Sichtbarmachung durch einzelne Nennung beider Geschlechter ist nicht nur unhandlich, sondern blendet Menschen aus, die sich nicht dauerhaft einem binären Geschlecht zuordnen. Als Humanist*innen möchten wir aber möglichst alle Menschen ansprechen und die gelebte Vielfalt begrüßen, anstatt zu pauschalisieren.

Unsere Sprache prägt unsere Wahrnehmung.³ Fehlt beispielsweise die sprachliche Unterscheidung zwischen den Farben blau und grün, wie in der Sprache Tarahumara im Norden Mexikos, fällt auch die Unterscheidung dieser Farbschattierungen deutlich schwerer. So sprechen wir bewusst von *Konfessionsfreien*, um zu betonen, dass uns nichts fehlt, so wie das verbreitetere Wort *konfessionslos* vermuten ließe.⁴



In unserer Gesellschaft ist manches im Wandel. Soziale Gerechtigkeit, Solidarität und Sensibilität gegenüber marginalisierten Gruppen wird deutlicher eingefordert als früher. Gleichzeitig gibt es rückwärtsgewandte Kräfte, die sich eine einfache Welt zurückwünschen – die es für die meisten Menschen so aber nie gab. Auch eine neue Schreibweise, wie der Genderstern, ist erstmal ungewohnt und stört anfänglich vielleicht den Lesefluss. Dieser »Stolperstern« gibt uns aber die Gelegenheit, über eingefahrene Rollenbilder nachzudenken. Er liefert uns einen Denkanstoß und kann als Einladung verstanden werden, die eigene Sichtweise zu überprüfen. Und nach kurzer Zeit ist uns die neue Schreibweise vielleicht schon so vertraut geworden wie das Wort Bundeskanzlerin.

Unser Humanismus ist undogmatisch und scheut die Veränderung nicht. Und das sollte auch unsere Sprache einschließen. In diesem Sinne bin ich stolz, Humanist*in zu sein. ●

Florian Zimmermann ist Herausgeber der *diesseits*.

- 1 Anatol Stefanowitsch, »Gendergap und Gendersternchen in der gesprochenen Sprache«, sprachlog.de
- 2 Z.B. »Sprache und Geschlecht«, Gisela Klann-Delius, Professorin für Linguistik an der FU Berlin
- 3 Katrin Weigmann: »Beeinflusst Sprache unser Denken?«, *Spektrum der Wissenschaft* 2007
- 4 Humanistisches Selbstverständnis 2017, HVD Bundesverband

Humanistisches Manifest

Für ein Europa,
das Freiheit, Gleichheit,
Solidarität und Menschen-
würde tatsächlich
respektiert

Im Mai 2019 wählen die Bürger*innen der Europäischen Union zum neunten Mal das Europäische Parlament. Diese Wahlen werden Europa für die kommenden Jahre prägen. Fünf Jahre lang wird dieses Europäische Parlament einer der wichtigsten Gesprächspartner sein, um humanistische Werte zu verteidigen und neue Rechte zu ermöglichen und zu schützen. Die Frage, wer in das Europäische Parlament gewählt wird, ist wichtiger denn je. Deshalb hat das Präsidium der Europäischen Humanistischen Föderation (EHF) in Brüssel das folgende Manifest verabschiedet.

»Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren.«

Artikel 1 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte (AEMR) spiegelt die grundlegende Basis des Humanismus wider. Doch trotz vieler Fortschritte können diese Rechte noch nicht überall genossen werden. Europa- und weltweit werden heute die Rechte und Möglichkeiten im Leben eines Menschen davon bestimmt, wo dieser geboren wird.

Für Humanist*innen ist die AEMR gleichzeitig ein moralischer und politischer Rahmen und eine Quelle der Inspiration, die unsere Grundwerte Freiheit, Gleichheit, Solidarität und Menschenwürde stützt. Von Anfang an war das Hochhalten der Menschenrechte ein zentrales Kriterium für einen EU-Beitritt.

Humanist*innen fördern auch den Grundsatz der Säkularität. Dieser gewährleistet die Trennung zwischen Kirche und Staat, um Gedanken-, Meinungs- und Glaubensfreiheit zu garantieren und sicherzustellen, dass jedes Individuum vor dem Gesetz gleich ist. Säkularität als Staatsprinzip garantiert Grundrechte für alle, ohne Diskriminierung. In einer Zeit, in der populistische Stimmen für Spaltung sorgen, ist dies nötiger denn je, um Zusammenhalt und Einheit in einem vielfältigen Europa aufrechtzuerhalten.

Säkularität ist im Kern humanistisch: offen, auf der Emanzipation des Individuums, dem Respekt

gegenüber Menschen, der offenen Begegnung von Ideen und dem Streben nach größerer Gleichheit durch Bildung basierend. Säkularität garantiert allen Würde in ihren Lebensentscheidungen.

Mit wachsender Ungleichheit, ungelösten Fragen der Migration, dringenden Klimaherausforderungen, wachsendem Populismus und Extremismus, offenem Rassismus und religiösem Radikalismus und der Polarisierung der Gesellschaft rund um diese Themen steht zunehmend die Fähigkeit der EU in Frage, einerseits ihre Werte aufrecht zu erhalten und sich andererseits den globalen Herausforderungen zu stellen. Viele fordern stattdessen kurzsichtige nationale Lösungen.

Als Humanist*innen sind wir der Ansicht: Es geht nicht um die Frage nach europäischen Kompetenzen und Zuständigkeiten per se, sondern darum, wie unsere Werte als Triebfedern für die europäische Integration fortbestehen können. Dieses Manifest entwirft die Vision einer humaneren EU, die Lösungen findet, um die wachsende Kluft zwischen ihren Werten und der Politik, die sie verfolgt, zu überwinden. Ein Europa, das wirklich auf Freiheit, Gleichheit, Solidarität und Menschenwürde fußt.

Dieses Manifest basiert auf einem umfassenden Memorandum der Europäischen Humanistischen Föderation, das sich an die europäischen Behörden richtet und die Linie bilden wird, die die nationalen Mitgliedsorganisationen der EHF verteidigen.



Die Vorschläge der EHF:

Rechtsstaat und Demokratie wahren

Unsere Fähigkeit, für humanistische Werte, Säkularität, Menschenrechte und Grundfreiheiten einzutreten, benötigt Institutionen, die Demokratie und Rechtsstaatlichkeit aufrechterhalten. Deshalb fordern wir die Einrichtung eines permanenten Mechanismus zur Überwachung der Demokratie in den Mitgliedsstaaten, die Bindung europäischer Mittel an den Respekt für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit und die Verbesserung gerichtlicher Kontrolle, wenn ein Mitgliedsstaat Werte der EU verletzt.

Zivilgesellschaft als Gegenkraft und als Träger europäischer Werte

In ganz Europa helfen zivilgesellschaftliche Gruppen, europäische Werte zu verankern und fungieren als Gegengewicht zur institutionellen Macht. Die EU sollte die Finanzierung nationaler säkularer zivilgesellschaftlicher Organisationen, die sich für Rechtsstaatlichkeit einsetzen, drastisch erhöhen. Sie sollte außerdem einen Beauftragten benennen, der für den Dialog mit der Zivilgesellschaft verantwortlich ist, um den Mechanismus der Europäischen Bürger*innen-Initiative zu verbessern und europäische Staatsangehörigkeit konkreter zu machen, indem Transparenz gesteigert und die Möglichkeit für Bürger*innen, sich in sämtlichen Stufen der Beschlussfassung zu engagieren, gefördert wird.

Die Vision eines säkularen Europas schützen

Die EU ist ein säkulares Projekt und wird heute bedroht durch die Zunahme von extremem religiösem Lobbying, das die Unparteilichkeit unserer Institutionen zu untergraben sucht. Bestrebungen, noch mehr religiöse Organisationen in die Prozesse der EU-Beschlussfassung einzubeziehen, sollten abgelehnt werden. Außerdem fordern wir mehr Transparenz in Bezug auf bestehende Interessengruppen und deren Finanzierungsquellen.

Gedankenfreiheit für alle verteidigen

Die EU sollte systematisch betonen, dass Gedanken-, Gewissens-, Religions- oder Glaubensfreiheit auch die Freiheit einschließt, keine Religion zu haben und die Religion oder den Glauben zu ändern, und dass dies nicht benutzt werden sollte, die Grundrechte anderer einzuschränken. EU-Institutionen sollten ihre Maßnahmen zum Schutz von Nicht-Gläubigen in Europa und weltweit verstärken und die Implementierung und Evaluierung von EU-Richtlinien zu Glaubens- und Religionsfreiheit sichern, auch über eine neutrale Ausbildung der EU-Delegierten.

Meinungsfreiheit verteidigen

Abgesehen von Fällen der Anstiftung zu Hass, Diskriminierung oder Gewalt erlaubt die Meinungsfreiheit, Religion, religiöse Organisationen, ihre Repräsentanten oder Anhänger zu kritisieren. Die EU sollte eine starke Position zugunsten der Meinungsfreiheit einnehmen, auch durch die Forderung, die Kriminalisierung von Blasphemie und der »Beleidigung religiöser Gefühle« in Europa und der restlichen Welt abzuschaffen.

Freie und pluralistische Medien als Rückgrat der Emanzipation der Bürger*innen

Eine freie und vielfältige Medienlandschaft erlaubt die Entwicklung einer pluralistischen zivilen Debatte, die Bürger*innen befähigt, Meinungen gegenüberzustellen und eigene zu entwickeln. Die EU sollte die systematische Überwachung von Pressefreiheit, Medienpluralismus und -konzentration in jedem EU-Mitgliedsstaat implementieren. Außerdem sollte sie dringend das Problem der Sicherheit von Journalist*innen einerseits und Whistleblowern andererseits thematisieren und europäische Kooperationen im Kampf gegen Falschinformation stärken.

Wahlfreiheit, ein Grundstein menschlicher Würde

Autonomie ist der Schlüssel zu menschlicher Würde. Daher sollte es jeder/jedem möglich sein, das eigene Leben selbstbestimmt zu führen. Die EU sollte die Unabhängigkeit europäischer Bürger*innen und deren Recht stützen, Entscheidungen auf Grund der eigenen Überzeugung und Weltanschauung zu treffen. Vor allem sollte die EU aktiv sexuelle Rechte fördern, einschließlich Empfängnisverhütung, Abtreibung und Gesundheitsversorgung für Mütter, ebenso wie umfassende Sexualerziehung in allen Mitgliedsstaaten. Sie sollte zudem das Recht anerkennen, in Würde zu sterben und Mitgliedsstaaten ermutigen, in diesem Bereich positive Gesetze zu erlassen.

Eine Gesellschaft, die alle Menschen wertschätzt, wie sie sind

Die EU sollte ihre Bemühungen im Kampf gegen Diskriminierung verstärken und die horizontale Antidiskriminierungsrichtlinie verabschieden, die seit 2008 ansteht. Die EU und ihre Mitgliedsstaaten sollten ehrgeizige Aktionspläne für Geschlechtergleichheit fördern, die Beteiligung von Frauen auf allen Stufen der EU-Institutionen unterstützen und das Istanbul-Abkommen verabschieden. Sie sollten außerdem eine unausgewogene natalistische Politik unterlassen, die die Emanzipation der Frauen untergräbt. Auch sollten sie gegen LGBTI-Diskriminierung eintreten, LGBTI-Paare in allen Mitgliedsstaaten anerkennen, eine sichere Ausbildung für

junge LGBTI-Menschen und Kinder von LGBTI-Paaren fördern sowie Diskriminierung in Verbindung mit Geschlechtsidentität und -ausdruck bekämpfen.

Keine Menschenwürde ohne soziale Gerechtigkeit und Fairness

EU-Behörden sollten größere budgetäre Flexibilität zulassen, um den Kampf gegen ökonomische Ungleichheiten als Priorität in den nächsten mehrjährigen Finanzrahmen aufzunehmen. Sie sollen die 20 Grundsätze des europäischen Sozialmodells implementieren, einen Mindestlohn auf einem angemessenen Niveau in jedem EU-Staat einführen, gegen Sozialdumping eintreten und hochwertige öffentliche Dienste in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Allgemeingültigkeit und des gleichberechtigten Zugangs anbieten.

Säkulare und öffentliche Bildung als Bedingung für Gleichheit

Weil Bürger*innenkompetenzen grundlegend sind, damit Bürger*innen im Leben erfolgreich sein und die Gesellschaft gestalten können, sollte Europa staatsbürgerliche Bildung entwickeln und seinen Fokus auf Gedankenfreiheit, kritisches Denken und Medienkompetenz verstärken, die Validierung von durch außerschulische Bildung erworbenen Fähigkeiten wie kulturellen Aktivitäten und Sport verbessern, sowie die Zusammenarbeit von Zivilgesellschaft und Lehrkräften in der Erstellung von Lehrmaterial erleichtern. Die EU sollte außerdem korrekte medizinische und gesundheitsbezogene, auf wissenschaftlichen Erkenntnissen beruhende Information vorantreiben.

Wissenschaftliche Forschung und Technologiefolgenabschätzung

Forschung und Innovation sollten im Geiste freier Untersuchung und wissenschaftlicher Methoden durchgeführt werden, eingebettet in einen demokratisch gesetzten ethischen Rahmen. Die EU sollte sicherstellen, dass religiöse Dogmen aus der Wissenschaft herausgehalten werden, vor allem aus der Stammzellenforschung. Flexibilität und Vereinfachung sollten Triebfedern sein für das nächste EU-R&I-Rahmenprogramm, sodass die Zivilgesellschaft dabei behilflich sein kann, den Bürger*innen Ergebnisse nahezubringen. Gesellschaftswissenschaften und deren Rolle als Grundlage für politische Entscheidungen sollten betont werden. Technische Anwendungen, vor allem Transhumanismus und Künstliche Intelligenz, bedürfen dringend eines klaren europäischen Regelwerks, bevor globale Standards gebildet werden, und sie müssen durch eine ausreichend repräsentative Zusammensetzung gesellschaftlicher Akteure kontrolliert werden.

Außerdem wird angeregt, eine europäische Einrichtung zu schaffen, die die konkreten Auswirkungen von KI-Anwendungen überwacht.

Eine gemeinsame Immigrationspolitik, gestützt auf Solidarität und Verantwortung

Europa kann das Thema Zuwanderung nur durch Solidarität zwischen den Mitgliedsstaaten und durch Solidarität mit Migrant*innen behandeln. Die EU muss eine gemeinsame Einwanderungspolitik festlegen. Das Fehlen einer selbigen ist ein Affront gegenüber den Menschenrechten der Betroffenen. Sie sollte sichere und legale Zugangswege und Aufnahmezentren für Asylsuchende einrichten, die Dublin-Verordnung überarbeiten, gerechte Verteilung und Solidarität zwischen den Mitgliedsstaaten sicherstellen, Integration fördern und Personal ausbilden, um komplexe Fälle wie LGBTI oder atheistische Asylsuchende angemessen zu behandeln. EU-Richtlinien könnten in diesem Bereich positive Auswirkungen haben.

Ein starkes Europa, das Frieden und Menschenrechte in der Welt stärkt

Damit die EU wirksam Frieden und Menschenrechte fördern kann, darf sie selbst nicht im Inneren fragwürdig handeln. Sie sollte ihre Beschlussverfahren hinsichtlich ihrer Außenpolitik verbessern, indem sie die Einstimmigkeit im Rat abschafft, das europäische Parlament mehr einbezieht, das europäische diplomatische Netzwerk stärkt, Menschenrechte zum Rückgrat ihrer globalen Handlungen macht, Bemühungen um Entwaffnung verstärkt, die Verbreitung von Waffen bekämpft und die Einhaltung des internationalen Rechts unter allen Umständen garantiert.

Solidarität mit künftigen Generationen: Klimawandel und nachhaltige Entwicklung

Die Folgen des Klimawandels sind wissenschaftlich bewiesen und beziffert. Allen Beweisen zum Trotz sind noch immer kurzfristige Wettbewerbsfähigkeit und business as usual vorherrschend. Die EU muss das Pariser Abkommen vollständig umsetzen, Luft-, Wasser- und Lebensmittelqualität verbessern, Biodiversität schützen, in nachhaltige Mobilität investieren, Kreislaufwirtschaft fördern und ihre Landwirtschaft reformieren. Sie sollte führend darin sein, die Ziele für nachhaltige Entwicklung zu erreichen und den Kampf gegen Steuerhinterziehung und -betrug verstärken. Sie sollte sicherstellen, dass Handelsabkommen die Grundrechte respektieren.

Die Übersetzung aus dem Englischen stammt von Humanistische Medien A.ö.R. / Mariko Junge.



»Dass wir so gezielt geschlechtlich das ist schon ein Alleinstellungsmerkmal Die MädchenZukunftsWerkstatt

Die MZW in Teltow unterstützt Mädchen und junge Frauen bei der Gestaltung ihrer Zukunft. Dabei geht es mehr als nur um Berufsorientierung, sondern auch um die Stärkung der Mädchen in ihren Interessen und Fähigkeiten. Und der offene Treff richtet sich neuerdings auch an Mädchen*...

Wir können dich nicht als Automechanikerin ausbilden, wir haben keine zweite Toilette.« Nach der Wende, Anfang der Neunziger, hörte Sonja Roque (65) dieses Argument gegenüber Mädchen und jungen Frauen noch häufig, gerade in technischen Berufen. Heute ist das anders. »Seit dem Fachkräftemangel hat sich das geändert«, sagt Sonja. Auch der damalige Traumberuf (und zugleich der am schlechtesten bezahlte Ausbildungsberuf), Friseurin, ist für viele junge Frauen heute nicht mehr erstrebenswert.



htergerecht arbeiten, ngsmerkmal« t in Teltow

Doch noch immer entscheiden sich Mädchen vermehrt für soziale Berufe, die tendenziell schlechter bezahlt werden.

»Wir haben von Anfang an versucht, den Mädchen ihre Chancen aufzuzeigen: Was gibt es eigentlich noch für Berufe, passt vielleicht auch was Technisches zu deinen Fähigkeiten, wo hat man viele Aufstiegschancen, wo kann man gut verdienen – trau dich!« Sonja ist seit der Gründung im Jahr 1993 dabei, hat die *MädchenZukunftsWerkstatt*,

kurz MZW, mit aufgebaut. Seit 2002 leitet die ehemalige Lehrerin den Teltower Mädchenclub. Der Name der Einrichtung steht für das gemeinsame Werkeln mit Mädchen und jungen Frauen, sei es im Kreativen oder im Gedanklichen, dafür, die Mädchen in dem zu stärken, was sie für sich selbst entdecken, was sie sich für ihre Zukunft vorstellen. Teil dessen ist auch eine berufliche Orientierung, die mit dem Begriff »Lebenswegeplanung« aber inzwischen weiter gefasst wird. Denn es geht hier nicht nur um den Bereich der Lohnarbeit.



»Wir wollen Tätigkeiten, die weiblich besetzt sind, nicht abwerten. Hier geht es um die Erweiterung der Handlungsmöglichkeiten.«



Die MZW, ein Projekt des HVD Berlin-Brandenburg, versteht sich als Ort der geschlechtsspezifischen und geschlechtergerechten Arbeit. Hier wird eine konstruktive Bewusstseinsbildung angestrebt, eine Veränderung einschränkender Rollenbilder und die Neubewertung normativer Verhaltensmuster, Fähigkeiten und Fertigkeiten der Mädchen und jungen Frauen.

Wie passt da der wöchentlich angebotene Kochkurs ins Bild? Werden hier nicht eher traditionelle Rollenbilder verfestigt, das Stereotyp der Frau am Herd? »Das ist eine total kontrovers geführte Diskussion, auch innerhalb der Mädchenarbeit«, berichtet Chiara Bothe. Die 28-Jährige hat Erziehungswissenschaften und Gender Studies studiert, sie ist seit einem Jahr Teil des MZW-Teams. Oft hört sie die Frage, ob man in Mädchenzentren nicht etwas anderes anbieten sollte als Kochen und Nähen. Und ihre Antwort?

»Wir orientieren uns daran, worauf die Mädchen Lust haben. Und der andere wichtige Gedanke

ist: Wir wollen Tätigkeiten, die weiblich besetzt sind, nicht abwerten. Hier geht es um die Erweiterung der Handlungsmöglichkeiten.« So werden eben auch Nähen oder Seidenmalerei in der MZW angeboten – genauso wie der Umgang mit Hammer und Säge. Wichtig sei hier die Umdeutung, betont Chiara: »Kochen verstehen wir als eine Tätigkeit, die unabhängig macht – und nicht als Tätigkeit, die man als Frau für andere macht. Und dabei wird auch kritisch reflektiert, dass uns bestimmte Interessen und Tätigkeiten in unserer genderspezifischen Sozialisierung nahegelegt werden – und andere nicht.«

Gleichstellungsorientierung, konstruktive Bewusstseinsbildung – das sind natürlich keine festen Programmpunkte, sondern das passiert vor allem im Alltag. Vieles ergebe sich zwischen Tür und Angel. »Das fängt schon an, wenn mich eins der Mädchen fragt: Hast du einen Freund?«, berichtet Chiara. »Bei mir ist es einfacher, hier eine andere Geschichte zu erzählen, weil ich queer bin. Aber solche kleinen Fragen und Annahmen – das



MädchenZukunftsWerkstatt (MZW)

Die MZW wurde im August 1993 gegründet. Der Mädchenclub als offener Treff richtet sich an Mädchen und junge Frauen im Alter von 8–18 Jahren. Träger des Projekts ist der Humanistische Verband Berlin-Brandenburg.

Adresse: Käthe-Niederkirchner-Str. 2, 14513 Teltow.
Mehr Infos unter maedchenzukunftswerkstatt.de

sind ja Selbstverständlichkeiten, die man im Alltag aufbrechen, über die man ins Gespräch kommen kann: Was ist normal? Warum empfinden wir etwas als schön oder als normal oder irgendwie nicht normal?« Dieses Verständnis drücke sich auch in den Projekten des Mädchenzentrums aus, in denen Themen wie Gleichberechtigung, Geschlecht oder Rassismus behandelt werden. »Dass wir so gezielt geschlechtergerecht arbeiten, das ist schon ein Alleinstellungsmerkmal«, findet Sonja.

Einen maßgeblichen Anteil daran tragen die Kolleginnen des MZW-Teams mit ihren unterschiedlichen Persönlichkeiten und Erfahrungen. Die Angebote, die die Mitarbeiterinnen gestalten, richten sich allerdings ausschließlich an Mädchen und junge Frauen. Ein Umstand, der dem Projekt auch schon vorgeworfen wurde: Ein Angebot *nur* für Mädchen – sei das nicht diskriminierend? Sonja schüttelt den Kopf. »Ich habe immer versucht, dieses nur da herauszustreichen. Es ist nicht nur, sondern es ist einfach ein Angebot für Mädchen.«

Natürlich fände sie ein vergleichbares Angebot für Jungs gut, aber wichtig sei es, dass sich dann auch Männer engagierten.

Mädchenstammtisch, Ü12-Tag, Mädchentreff

Das Angebot des Teltower Mädchenzentrums ist vielfältig. Es orientiert sich an der Interessenvielfalt der Mädchen und umfasst derzeit vor allem Projekte in den Bereichen soziales Lernen und Erlebnispädagogik. Es gibt sowohl einmalige Aktionen als auch feste Programmpunkte. Zum Beispiel die Gesangswerkstatt jeden Mittwoch, bei denen Sänger*innen Stimmbildung mit den Mädchen machen, sie Songs schreiben oder rappen lassen. Oder das Mathecafé am Donnerstag, wo Schülerinnen andere Mädchen ehrenamtlich beim Lernen oder ihren Hausaufgaben unterstützen. Es gibt einen Capoeira-Kurs, einen Mädchenstammtisch oder auch den Ü12-Tag, an dem die Jugendlichen unter sich sein können, ohne dass ihnen die »Kleinen« dazwischenfunken.



Zugleich ist die MZW ein Angebot der offenen Jugendarbeit, das heißt die Mädchen können ohne vorherige Anmeldung in den offenen Mädchen-treff kommen. Das Team versucht, die Ideen und Vorschläge im Rahmen der Möglichkeiten gemeinsam mit den Mädchen umzusetzen. »Das ist nicht immer so leicht, da die Kinder und Jugendlichen, die zu uns kommen, in der Schule und anderen Kontexten in der Regel nicht lernen, dass sie mitbestimmen und sich beteiligen können«, erklärt Chiara. Umso wichtiger sei es, dass es diesen Raum für die Mädchen gebe, den sie mitgestalten, dabei selbst kreativ werden und sich engagieren können.

Die Mitarbeiterinnen des Teltower Mädchenclubs werden durch den gemeinsam gestalteten Alltag, durch ihre Funktion als Ansprechpartnerinnen für die Mädchen in sämtlichen Belangen, auch zu Vertrauenspersonen. »Wir werden hier natürlich abgecheckt von den Mädchen«, lacht Sonja. Mit der Zeit komme es eben auch dazu, dass die eine oder andere sich den Kolleginnen anvertraue.

»Vermutlich wissen wir viel mehr als die Eltern.«

Natürlich gibt es auch Reibung. So seien der Umgang mit Rassismus oder Sexismus definitiv Bestandteil der Arbeit. Es komme vor, dass Mädchen rassistische Aussagen machen oder Beschimpfungen wie »Fotze« fallen. Wie kann man damit umgehen?

»Es muss klar sein, dass so etwas hier nicht passieren darf. Denn das soll hier auch ein Raum sein für Kids, die z.B. Rassismuserfahrungen machen«, betont Chiara. Sie persönlich reagiere bei rassistischen oder sexistischen Aussagen sehr klar und deutlich. Gleichzeitig versuche sie immer auch zu vermitteln, dass sie die Mädchen trotzdem gern habe. »Sie können mich ernst nehmen und sie wissen, dass ich sie ernst nehme, auch in ihren Perspektiven.«



»Auch wenn sich gesellschaftlich viel getan hat, viel diskutiert wird – wir leben nach wie vor in sehr traditionellen Rollenbildern.«



Ein Zentrum für Mädchen*

Im letzten Herbst feierte die MädchenZukunfts-Werkstatt ihr 25-jähriges Jubiläum. In einem Vierteljahrhundert kann viel passieren, auch im gesellschaftlichen Diskurs. »Aber machen wir uns nichts vor«, meint Sonja, »auch wenn sich gesellschaftlich viel getan hat, viel diskutiert wird – wir leben nach wie vor in sehr traditionellen Rollenbildern.«

Die MZW hat sich deshalb ein neues Konzept überlegt, erläutert Chiara. »Wir haben uns dazu entschieden, von einem Mädchenzentrum zu einem Mädchen*zentrum zu werden.« Die MZW will künftig in ihrer Arbeit integrieren, dass es mehr als zwei Geschlechter gibt, Menschen, die sich nicht als Männer oder als Frauen definieren, sondern z.B. als nicht-binär oder genderfluid. »Und da kommt dieses Sternchen ins Spiel.«


Das Ganze steckt bezüglich der Umsetzung noch in den Kinderschuhen. Wichtig sei eine Fortbildung der Kolleginnen hinsichtlich der Sensibilität für Trans-Themen – und schließlich eine sensible Umsetzung dessen im offenen Bereich des Mädchenzentrums, erklärt Chiara. »Es muss auch Räume geben für Kids, die sich als trans und nicht-binär identifizieren.« ●



Lydia Skrabania ist Journalistin. Sie verantwortet die Redaktion der *diesseits* sowie die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit des HVD Bundesverbandes. Für diesen Artikel hat sie die MZW in Teltow besucht.

Frauenpolitik in einer Männerwelt: **Luise Zietz** (1865–1922)

Von Michael Schmidt



»Keine Frau darf aus ideologischen
Gründen gezwungen werden, sich für
oder gegen Kinder zu entscheiden.«

Luise Zietz war eine der wenigen herausragenden Politikerinnen des Kaiserreichs und der frühen Weimarer Republik. Aufgrund ihrer rhetorischen Begabung und ihrer Position als erster Frau im SPD-Vorstand wurde sie »der weibliche Bebel« (August Bebel war bis zu seinem Tod 1913 Vorsitzender der SPD) genannt. So tritt sie dafür ein, dass die Interessen von Frauen innerhalb und außerhalb der SPD stärkere Berücksichtigung finden. Für die USPD gehört sie 1919 der verfassunggebenden Weimarer Nationalversammlung an. Dort setzt sie sich – allerdings ohne Erfolg – für die vollständige Gleichberechtigung von Frauen ein.

Luise Zietz, geborene Körner, nimmt den Weg in die Politik, der auch viele männliche Sozialdemokraten kennzeichnete. Aus einfachen Verhältnissen stammend, ist ihr höhere Bildung zunächst einmal verwehrt. Schon als Kind muss sie in der Werkstatt ihres Vaters mitarbeiten. Mit 14 Jahren geht sie als Dienstmädchen nach Hamburg, später arbeitet sie einer Tabakfabrik. Aber ihr Bildungshunger ist groß. In ihrer Freizeit eignet sie sich fehlendes Wissen an. So gelingt es ihr, eine Ausbildung als Kindergärtnerin zu absolvieren.

1885 heiratet sie den Hafendarbeiter Carl Zietz und kommt durch ihn mit der Arbeiterbewegung in Kontakt. Während des großen Streiks der Hamburger Hafendarbeiter in den Jahren 1896/97 tritt sie erstmals öffentlich in Erscheinung. Sie organisiert die Unterstützung der Frauen für ihre streikenden Männer und fällt durch ihr rhetorisches Talent auf. In der Folge reist sie für die SPD als »Agitatorin« durch das Land und versucht, vor allem Frauen anzusprechen. Sie wirbt mit dem Slogan »Her mit dem Frauenwahlrecht«, fordert den Acht-Stunden-Tag und Mutterschutz. Außerdem verfasst sie Artikel für die sozialdemokratische Frauenzeitschrift *Die Gleichheit*, später auch Broschüren, vor allem zu frauen- und familienpolitischen Themen. Politik wird zu ihrem Beruf, daran zerbricht ihre Ehe.

Als 1908 das Verbot politischer Betätigung für Frauen aufgehoben wird, das bis dahin in den meisten deutschen Ländern – besonders streng in Preußen – galt, ist sie die erste Frau im SPD-Parteivorstand, zuständig für die Arbeit unter den weiblichen Mitgliedern. Gemeinsam mit Clara Zetkin regt sie 1910 auf der 2. Internationalen Sozialistischen Frauenkonferenz die erstmalige Durchführung eines Internationalen Frauentages an, der dann am 19. März 1911 stattfindet.

Auch wenn die SPD seit 1891 dezidiert das Wahlrecht für Frauen forderte, ist auch sie durch und durch männlich geprägt. Viele Funktionäre und Mitglieder wollen, dem Zeitgeist entsprechend, Frauen lieber aus der Politik heraushalten. Bei ihrer ersten Wahl in den Vorstand erhält Luise Zietz die mit Abstand wenigsten Stimmen. »Leider hab' ich mich nicht mit Hilfe der Genossen, sondern im Kampfe gegen sie durchsetzen müssen«, schreibt sie in der Rückschau. Als Politikerin muss sie beständig gegen die Diskriminierung durch männliche Kollegen kämpfen, nicht nur im Kaiserreich, auch in der Weimarer Republik. Lautsprecheranlagen existieren damals noch nicht; die Tatsache, dass laute weibliche Stimmen schriller klingen als männliche, machen Männer Frauen zum Vorwurf. Da war dann von »weiblicher Hysterie« und »kreisenden Zwischenrufen« die Rede. So muss Luise Zietz stets an zwei Fronten, sowohl innerhalb der SPD als auch in der Gesamtgesellschaft, für die Rechte von Frauen kämpfen.

Die Gebärstreikdebatte

Wie wenig die Interessen von Frauen zu dieser Zeit in der SPD-Führung zählen, wird besonders im Rahmen der »Gebärstreikdebatte« deutlich. Um die Jahrhundertwende beginnen die Geburtenzahlen vor allem in den Hochburgen der Arbeiterbewegung zu sinken. Bürgerliche Kräfte machen die SPD dafür verantwortlich. Die SPD-Führung reagiert staatstragend und erklärt, dass auch sie im nationalen Interesse an einer Steigerung der Geburtenrate interessiert sei. Mit einer ganz unterschiedlichen Begründung teilt auch die Linke in der SPD dieses Ziel. Sie argumentiert, dass die Zunahme der Anzahl der Proletarier den Sieg des Sozialismus beschleunigen werde.

Diese Haltung, die die Bedürfnisse von Frauen und ihre soziale Situation komplett ausblendet, ruft in Teilen der Partei, vor allem bei Frauen, Widerspruch hervor. Die Debatte wird unter dem Schlagwort »Gebärstreik« geführt. Das politische Argument: Durch eine geringere Anzahl von Proletariern würde das kapitalistische System geschwächt.

Der SPD-Vorstand gerät unter Druck und versucht gegenzusteuern. Unter dem Titel »Gegen den Gebärstreik« lädt der Berliner SPD-Vorstand im August 1913 zu einer Veranstaltung ein. Zur Untermauerung seiner Position schickt er mit Clara

Zetkin, Rosa Luxemburg und Luise Zietz die gesamte weibliche Parteiprominenz als Rednerinnen. Allerdings entsprach keine von ihnen dem geforderten Ideal der sozialistischen Supermutter. Als einzige der drei hatte Clara Zetkin Kinder, jedoch nur zwei. Clara Zetkin, die das Hauptreferat hält, und Rosa Luxemburg argumentieren, dass es die Klassenpflicht der proletarischen Frauen sei, Kinder zu gebären und ernten wütende Proteste.

Luise Zietz, als einzige der drei proletarischer Herkunft, ergreift als letzte das Wort. Ihr sind die Nöte von Arbeiterfrauen wichtig. Allerdings kann sie sich vor dem Hintergrund der damals sehr strikten Parteidisziplin nicht offen in den Gegensatz zum Parteivorstand bringen, dem sie selbst angehört. Sie zieht sich auf die Position zurück, dass es wünschenswert sei, die Geburtenrate zu steigern, dafür aber erst einmal die sozialen Voraussetzungen zu schaffen seien. Jedoch dürfe keine Frau aus ideologischen Gründen gezwungen werden, sich für oder gegen Kinder zu entscheiden, Kinderwunsch sei Privatsache. Die vom Parteivorstand vorgelegte Resolution »Gegen den Gebärstreik« scheitert. Die Parteibasis revoltiert weiterhin gegen dieses Ansinnen. Angesichts des zunehmenden Drucks lenkt die Parteiführung ein und übernimmt schließlich die Position von Luise Zietz.

Mit dem Ausbruch des 1. Weltkriegs wird die Loyalität von Zietz zur Parteiführung erneut auf



eine harte Probe gestellt. Sie votiert im Vorstand gegen die Bewilligung der Kriegskredite, unterwirft sich aber der Mehrheit und vertritt in der Folge nach außen die offizielle Parteilinie. Sie will die Einheit der Partei bewahren. Entsprechend verweigert sie im Januar 1917 einer Resolution die Zustimmung, in welcher der Vorstand die Anhänger der Antikriegsopposition zum Parteiaustritt auffordert. Dieser setzt sie daraufhin Anfang des Jahres 1917 als Frauensekretärin ab. Luise Zietz bricht nun mit der SPD. Im April 1917 gehört sie zu den Gründungsmitgliedern der USPD und wird in deren Zentralkomitee gewählt.

Dort ist sie nicht nur das weibliche Feigenblatt, sondern eine der Führungspersonen und wächst über frauenspezifische Themen hinaus. Bei dem Versuch des Kaiserreichs, die USPD für die Matrosenrevolte vom Sommer 1917 verantwortlich zu machen, gehört sie zu den Mitangeklagten und gerät kurzzeitig in Haft. Dass sie innerhalb der USPD eine führende Rolle spielt, wird auch dadurch belegt, dass sie in deren Namen Trauerreden für die ersten Toten der Novemberrevolution in Berlin sowie für Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg hält.

Auch gehört Luise Zietz zu den 22 Abgeordneten der USPD in der Nationalversammlung. Dort hält sie von allen Frauen mit Abstand die meisten Reden, zu den unterschiedlichsten Themen. Sie gilt als

scharfzüngige Rednerin und Zwischenruferin. Frauenthemen sind ihr jedoch weiterhin wichtig. So streitet sie dafür, dass Frauen nicht nur gleiche staatsbürgerliche Rechte zuerkannt werden, sondern dass sie auch im öffentlichen und bürgerlichen Recht gleichberechtigt sein sollen. Das scheidet an der Mehrheit der bürgerlichen Parteien. Auch ihr Eintreten gegen die Diskriminierung von Beamtinnen bleibt letztlich erfolglos. Diese wurden damals aus dem Dienst entfernt, wenn sie heirateten oder schwanger wurden. Die erreichten Verbesserungen werden in der Praxis kaum umgesetzt und 1923 per Gesetz wieder rückgängig gemacht.

Als sich die USPD im Dezember 1920 spaltet, gehört Luise Zietz zur Minderheit, die sich nicht der KPD anschließt. 1920 in den Reichstag gewählt, erleidet sie dort im Januar 1922 einen Schlaganfall, dem sie am nächsten Tag erliegt. Luise Zietz stirbt mit nur 56 Jahren. Ihr früher Tod ist vielleicht auch die Folge ihres aufreibenden und rastlosen politischen Engagements. Sie war keine Marxistin, eher eine ethisch motivierte Sozialistin. Religion spielte für sie keine Rolle, weder im positiven noch im negativen Sinn. Aus der evangelischen Kirche ausgetreten ist sie erst 1919, nachdem die Gesetze der Weimarer Republik den Kirchenaustritt erleichtert hatten. ●

Michael Schmidt (siehe Seite 22)



»Das Wort ›Atheist‹ hat immer noch keinen guten Ruf«

Pedro Stein Guerrero im Interview mit Bruno Osuch

Wie sieht die Arbeit von säkularen Humanistinnen und Humanisten in einem traditionell katholischen Land aus? Bruno Osuch hat mit **Pedro Stein Guerrero**, dem Sprecher der Gruppe *Acción Secular de Chile* darüber gesprochen, wie sich die Gesellschaft in Chile entwickelt, welche Privilegien die Kirche noch immer hat und wie neue Medien die Zusammenarbeit humanistischer Organisationen fördern können.

Pedro, was war der Grund für die Gründung eurer Organisation?

Vor der Gründung waren wir in der Gruppe *Fundación Sociedad Atea de Chile* engagiert, mit der wir auch immer noch zusammenarbeiten. Aber wir wollten eine positive Identität schaffen. Deshalb haben wir uns als *Acción Secular de Chile*, sozusagen mit einem neuen Label gegründet. Das wird in der Gesellschaft sehr positiv aufgenommen. Wir haben jetzt viele Interaktionen und interessante Kooperationen über unsere Internetplattformen.

Was sind eure Ziele?

Unser vorrangiges Ziel ist es, die unserer Verfassung entsprechende Trennung von Staat und Kirche zu verwirklichen. Wir wollen, dass jeder Mensch sein eigenes Leben führen kann, wie es ihm gefällt – eine echte Freiheit des Denkens in allen Teilen der Gesellschaft.

»Die Gesellschaft befindet sich im Wandel. Es gibt viele neue zivile Initiativen für die Menschenrechte.«



»Unser vorrangiges Ziel ist es, die unserer Verfassung entsprechende Trennung von Staat und Kirche zu verwirklichen.«

Diese Ziele sind sehr attraktiv, auch für viele moderne religiöse Menschen. Deshalb haben wir gute Beziehungen zu einigen katholischen Gruppen aufgebaut, besonders nach den Missbrauchsskandalen der katholischen Kirche; zum Beispiel in Osorno, einer Großstadt im Süden Chiles.

Wie hoch ist der Anteil säkular denkender Menschen in Chile? Was ist der Entwicklungstrend?

Papststatue im Parque Araucano, Santiago de Chile



Chile ist traditionell ein katholisches Land. Aber es gibt seit zehn bis fünfzehn Jahren einen großen Wandel, wie eine Studie der renommierten Katholischen Universität von Santiago zeigt. Derzeit ist der Anteil der Katholiken auf fast 55 Prozent gesunken. Der Anteil der Protestanten liegt bei etwa 10 bis 15 Prozent. Das bedeutet, dass fast 25 bis 30 Prozent der Menschen agnostisch oder gar atheistisch sind. Das Wort »Atheist« hat allerdings immer noch keinen guten Ruf.

Gibt es noch andere Gruppen im säkularen Bereich in Chile? Und wenn ja, arbeitet ihr mit ihnen zusammen?

Wie gesagt, es gibt die *Fundación Sociedad Atea de Chile*. Und natürlich arbeiten wir zusammen. Aber es gibt auch andere Initiativen, wie z.B. die Gruppe *Educación Laica*, die für eine vollständig weltliche öffentliche Schule kämpft, oder die Gruppe *Asociación Esceptica*, deren Mitglieder konzentrieren sich auf eine wissenschaftlich fundierte Bildung. Es gibt ein gutes Netzwerk zwischen all diesen Gruppierungen. Aber nur unsere Organisation ist Mitglied der *International Humanist and Ethical Union (IHEU)*. Und andere Gruppen konzentrieren sich mehr auf ironische Aktionen. Zum Beispiel die Initiative *Asado Hereje* (»Ketzer-Grillen«) während der *Semana Santa* (heilige Woche) kurz vor Ostern.

Wie groß ist der Einfluss der katholischen Kirche auf die Gesellschaft und die staatliche Verwaltung?

Offiziell haben wir seit 1925 die Trennung von Staat und Kirche. Aber in Wirklichkeit gibt es viele Privilegien für die Kirche, zum Beispiel in öffentlichen Schulen. Nach dem Gesetz sollte jeder ein bis zwei Stunden Religionsunterricht haben. Aber du kannst »Nein« sagen! Dennoch haben die meisten der Schulen keine alternativen Räume und Pädagogen für diese nicht-religiösen Schüler. So wurden zum Beispiel im intellektuellen und liberalen Stadtteil Santiago, in Providencia, etwa 50 Prozent der Schüler von der religiösen Unterweisung abgemeldet. Aber in Wirklichkeit nehmen die meisten von ihnen noch an diesen Lektionen teil.

Der Einfluss der Kirche auf den politischen Bereich ist immer noch sehr groß. Das wurde im Streit um das Abtreibungsrecht deutlich. Bis 2017 waren Abtreibungen in Chile vollständig verboten! Aber es gab einen starken Kampf in der Gesellschaft um mehr Freiheit in der Frage der Abtreibung gegen die katholische Kirche. Seitdem sind

Abtreibungen zumindest unter drei strengen »therapeutischen Bedingungen« erlaubt: nach Vergewaltigung oder wenn das Leben der Frauen oder des Fötus gefährdet ist. Andere Länder Südamerikas sind schon viel weiter, zum Beispiel Uruguay.

Welche Rolle spielt die sehr konservative Gruppe des *Opus Dei* in Chile im Allgemeinen und im Besonderen im Bildungssystem?

Im Allgemeinen gibt es keinen direkten Einfluss dieser Gruppe. Das *Opus Dei* richtet sich an Menschen, die der Elite angehören. So ist beispielsweise der Bürgermeister des sehr reichen Bezirks Las Condes, in dem sich die Deutsche Schule befindet, Mitglied des *Opus Dei*. Und sie haben viele Privatschulen in Santiago mit einem sehr hohen akademischen Niveau, aber auch mit sehr strengen religiösen Traditionen.

Wie steht es um kritische Medien in Chile?

Das ist ein echtes Problem in unserem Land. Alle wichtigen Fernsehsender und die großen Zeitungen sind sehr konservativ. Nur der private US-Kanal CNN ist liberaler. Und es gibt einige kritische Websites im Internet, wie z.B. »The Clinic«.

Gibt es Kontakte zu anderen weltlichen Gruppen in Südamerika und zur IHEU weltweit?

Ja – das ist eine sehr schöne Entwicklung! Im April 2018 hatten wir einen sehr guten Kongress vieler weltlicher Gruppen Südamerikas in der Stadt Arequipa in Peru mit Hunderten von Teilnehmern. Und seit diesem Treffen gibt es ein sehr intensives Netzwerk zwischen vielen dieser Gruppen. Wir helfen uns gegenseitig bei der Entwicklung. Und auch die IHEU ist mit dabei. Heute haben alle Vertreter der oben genannten Gruppen eine eigene Website.

Nach der Zeit der linksliberalen Regierung unter Michelle Bachelet hat Chile nun einen sehr konservativen Milliardär als Präsident, Sebastián Piñera. Was bedeutet das für eure Arbeit?

Innerhalb Südamerikas ist Chile das stabilste Land. Ich denke, der wichtigste Grund dafür ist, dass trotz der unterschiedlichen Regierungen die allgemeine Politik nicht sehr verschieden ist. Änderungen erfolgen nur in kleinen Schritten. Also können wir warten ...

Wie sind die Perspektiven eurer Organisation in Chile?



Pedro Stein Guerrero

Pedro Stein Guerrero (32) ist der Sprecher der im November 2017 gegründeten weltlich-humanistischen Gruppe Acción Secular de Chile (www.accionsecular.cl). Er arbeitet privat als Unternehmensberater im Bereich der Internet-Werbung.

Wir haben unsere Organisation in einer sehr interessanten Zeit gegründet. Die Gesellschaft befindet sich im Wandel. Es gibt viele neue zivile Initiativen für Menschenrechte, zum Beispiel die Bewegung der Feministinnen, mit denen wir eng zusammenarbeiten. Außerdem geben uns die modernen Medien mehr Möglichkeiten. Vor einigen Jahren war die Idee des Säkularismus in Chile noch nicht sehr verbreitet. Aber letztes Jahr hatten wir ein Interview mit dem CNN-Channel. Seitdem sind viele Menschen Follower unserer Website. Wir haben eine steigende Akzeptanz. Und es gibt viele neue Ideen in unserer Gruppe, zum Beispiel die Zusammenarbeit mit Unternehmen, die nicht-religiöse Beerdigungen organisieren. Wir beobachten auch die weltliche Festkultur humanistischer Organisationen in anderen Teilen der Welt, zum Beispiel in Europa.

Vielen Dank für das Interview und alles Gute für die Zukunft!

Das Interview führte Bruno Osuch in englischer Sprache, die Übersetzung ins Deutsche stammt von Lydia Skrabania.



Dr. Bruno Osuch, langjähriger Präsident des HVD Berlin-Brandenburg sowie Sekundarschulrektor, arbeitete von 2016 bis 2018 als Lehrer und Koordinator an der Deutschen Schule Santiago de Chile, wo er im Oktober 2018 auch dieses Interview führte.

Faszination Nepal

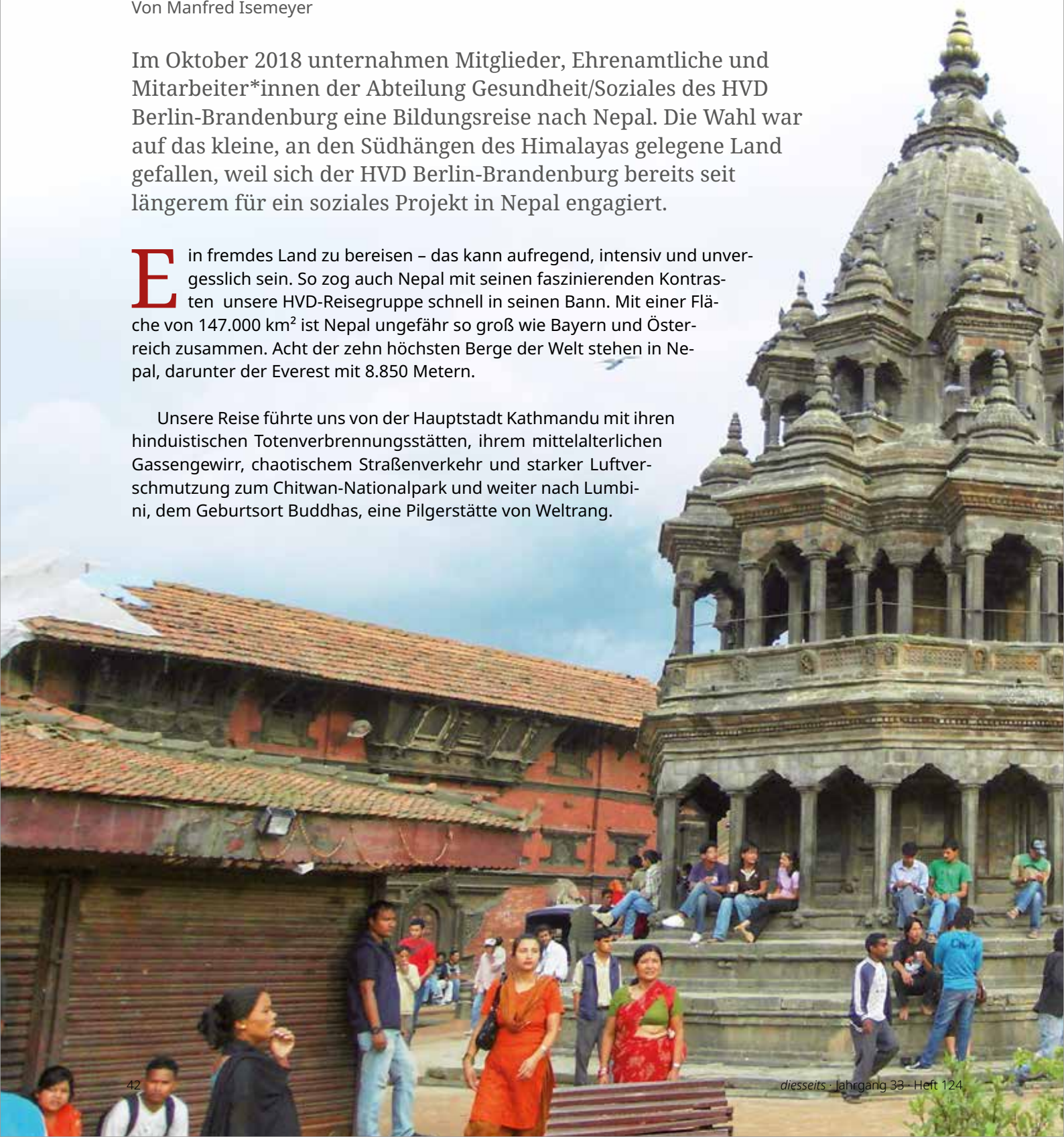
Ein Reisebericht

Von Manfred Isemeyer

Im Oktober 2018 unternahmen Mitglieder, Ehrenamtliche und Mitarbeiter*innen der Abteilung Gesundheit/Soziales des HVD Berlin-Brandenburg eine Bildungsreise nach Nepal. Die Wahl war auf das kleine, an den Südhängen des Himalayas gelegene Land gefallen, weil sich der HVD Berlin-Brandenburg bereits seit längerem für ein soziales Projekt in Nepal engagiert.

Ein fremdes Land zu bereisen – das kann aufregend, intensiv und unvergesslich sein. So zog auch Nepal mit seinen faszinierenden Kontrasten unsere HVD-Reisegruppe schnell in seinen Bann. Mit einer Fläche von 147.000 km² ist Nepal ungefähr so groß wie Bayern und Österreich zusammen. Acht der zehn höchsten Berge der Welt stehen in Nepal, darunter der Everest mit 8.850 Metern.

Unsere Reise führte uns von der Hauptstadt Kathmandu mit ihren hinduistischen Totenverbrennungsstätten, ihrem mittelalterlichen Gassengewirr, chaotischem Straßenverkehr und starker Luftverschmutzung zum Chitwan-Nationalpark und weiter nach Lumbini, dem Geburtsort Buddhas, eine Pilgerstätte von Weltrang.



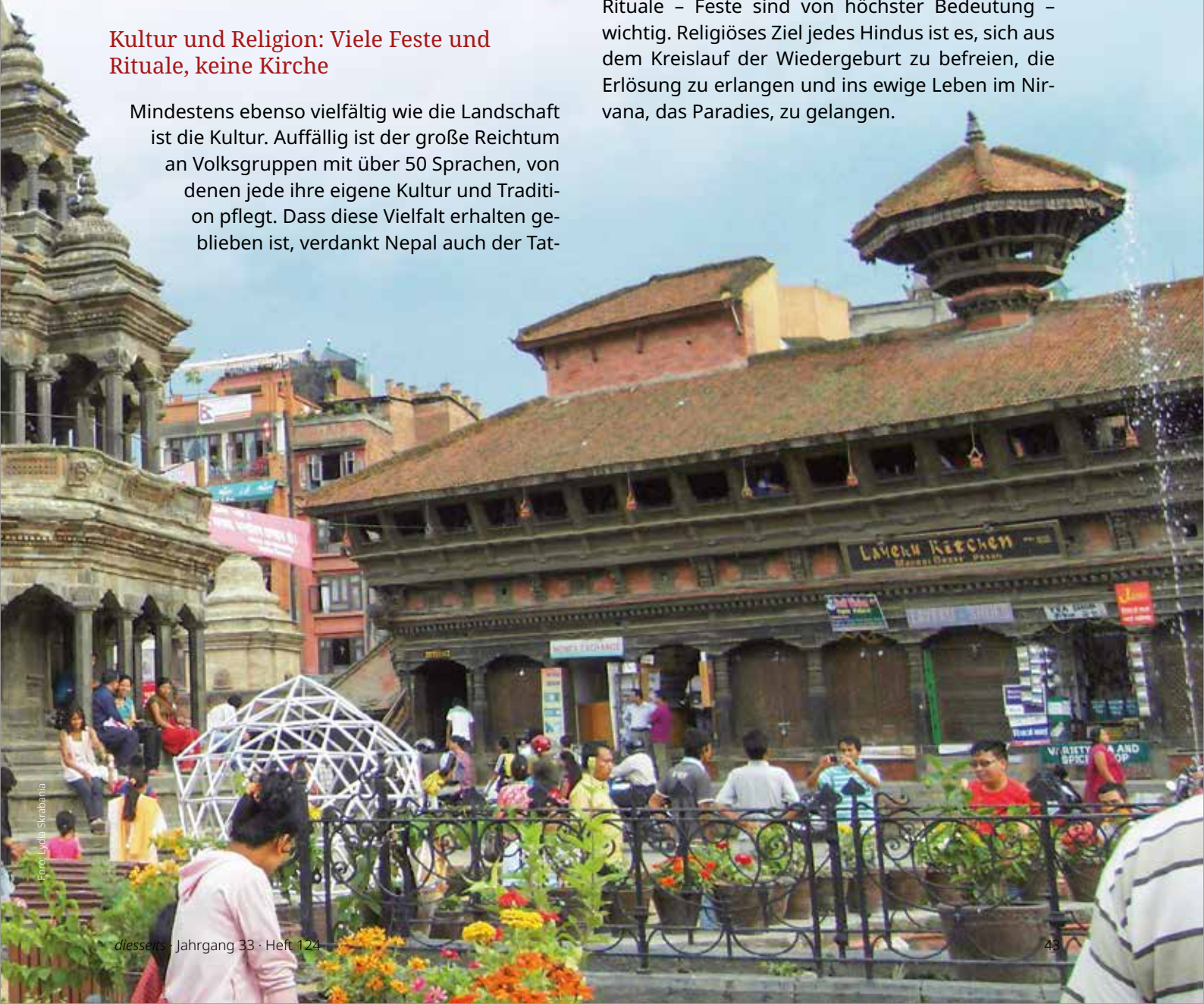
Pokhara, am schillernden Phewa-See gelegen, erkundeten wir per Boot und genossen die Aussicht auf die weißen Gipfel des Annapurna. Über Gorkha mit seiner eindrucksvollen Festung ging es weiter ins zentrale Bergland nach Nagarkot und Dhulikhel, wo wir eine interessante Fauna und Flora kennenlernten und den Sonnenuntergang über den Bergketten erlebten. Ein Highlight war das Städtchen Bhaktapur, das uns mit rosaroten Ziegelbauten, kunstvollen Holzschnitzereien und großartigen Steinskulpturen verzauberte. Zurück in Kathmandu mit seinen tausend Gesichtern, besichtigten wir Paläste, Tempel und Schreine. Viele architektonische Schätze der Stadt hat zwar das verheerende Erdbeben von 2015 getroffen, aber bedeutsame Bauten werden (auch mit Hilfe deutscher Stiftungen) möglichst originalgetreu wiederhergestellt.

Kultur und Religion: Viele Feste und Rituale, keine Kirche

Mindestens ebenso vielfältig wie die Landschaft ist die Kultur. Auffällig ist der große Reichtum an Volksgruppen mit über 50 Sprachen, von denen jede ihre eigene Kultur und Tradition pflegt. Dass diese Vielfalt erhalten geblieben ist, verdankt Nepal auch der Tat-

sache, dass es nie kolonialisiert wurde. Es ist ein Land mit tiefem Nationalstolz und ethnischem Selbstbewusstsein. Die Freundlichkeit der Menschen ist tief verwurzelt und auch wir lernten schnell, die Hände zum Namaste-Gruß zusammenzulegen.

Der größte Bevölkerungsanteil Nepals gehört dem Hinduismus an (80 Prozent), rund 15 Prozent der 30,5 Millionen Einwohner bekennen sich zum Buddhismus. Beide Religionen kennen keine Kirche; der Hinduismus besteht aus vielen Sekten und Kulturen. Nach buddhistischem und hinduistischem Glauben wird das Leben der Menschen durch ihr Karma bestimmt, die Kraft, die durch positive und negative Handlungen entsteht und die für die spätere Wiedergeburt entscheidend ist. Für die Gläubigen sind unterschiedliche Gebete und Rituale – Feste sind von höchster Bedeutung – wichtig. Religiöses Ziel jedes Hindus ist es, sich aus dem Kreislauf der Wiedergeburt zu befreien, die Erlösung zu erlangen und ins ewige Leben im Nirvana, das Paradies, zu gelangen.





Altenhilfe als Generationenaufgabe

Nepal ist eines der ärmsten Länder der Welt; die Hälfte der Bevölkerung lebt von weniger als zwei Euro pro Tag. Laut des Human-Development-Index der UN für 2017 steht Nepal auf Platz 144 von 188 Ländern. Auch das Gesundheitssystem des Landes ist völlig unzureichend; Kranken- und Pflegeversicherung existieren nicht. So übernimmt oftmals der örtliche Schamane die medizinische Versorgung. »Die Verlierer des Gesundheitssystems sind vor allem alte Menschen«, erläuterte

unser Reiseleiter Dr. Dharma Bhusal. Diese stellen eine der am stärksten wachsenden Bevölkerungsgruppen in Nepal dar; ihr Anteil wird sich laut Prognosen bis 2050 mehr als verdoppeln. Diese demographische Entwicklung zeitigt große Probleme für die Versorgung und Pflege der älteren Generation.

Traditionell haben die Nepalesen zahlreiche Nachkommen, damit Kinder und Alte im Familienverbund geschützt und mitversorgt werden können. Wir erfuhren, dass in der Regel einer der Söh-

Besuch im Altenheim in Devghat



ne die Pflege der Eltern übernimmt. Seit einigen Jahren zeichnet sich allerdings ein deutlicher Wandel in diesem Rollenverständnis ab. Viele Kinder entscheiden sich gegen die Pflege der Eltern, nehmen Arbeit im Ausland auf – derzeit arbeiten rund zwei Millionen Nepalesen in den Golfstaaten oder wandern nach Südost- und Ostasien aus – oder überleben ihre Eltern nicht. Isoliert und verarmt bleiben die Alten zurück. Besonders betroffen sind alleinstehende und verwitwete Frauen, wenn sie beispielsweise beim Tod ihres Mannes ihren Besitz verlieren und mittellos zurückbleiben.

Einen bleibenden Eindruck von dieser Situation vermittelte uns der Besuch eines Altenheims in dem Örtchen Devghat, das von den Einwohnern gemeinsam mit der Kommune unterhalten wird. Es ist eine der wenigen Alteneinrichtungen in Nepal überhaupt. Seniorinnen und Senioren werden hier nur aufgenommen, wenn nachgewiesen ist, dass keine Angehörigen vorhanden sind, sie von der Familie verstoßen wurden und vor allem in finanzieller Not sind.

Vor Ort kam unsere Reisegruppe bald ins Gespräch mit den alten Menschen. Viele waren traurig und fühlten sich einsam wegen der Entfernung zu ihrem ursprünglichen Zuhause. Für uns war auch sichtbar, dass es an medizinischen Hilfsmitteln und geschultem Personal fehlte. »In Nepal gibt es bis jetzt keine professionelle Altenpflege«, so Dr. Bhusal.

Mission: Entwicklungszusammenarbeit

Deutschland gehört neben Japan und Großbritannien und den wichtigsten bilateralen Geberländern Nepals. Deutsche Entwicklungszusammenarbeit mit Nepal konzentriert sich auf die Bereiche Kommunale Selbstverwaltung, Familienplanung und Gesundheitsversorgung. Nach dem bewegenden Besuch in Devghat befürwortete die Reisegruppe es, die bestehende Initiative eines sozialen Projektes zur Entwicklungszusammenarbeit zu forcieren.

Seit einiger Zeit schon plant der HVD Berlin-Brandenburg und dessen interkultureller Hospizdienst Dong Ban Ja die Unterstützung eines Altenzentrums in Nepal. In Kooperation mit dem in

Sie möchten das Altenheim-Projekt unterstützen? Dann überweisen Sie gerne an folgendes Spendenkonto: Humanistischer Verband Berlin-Brandenburg KdÖR, Bank für Sozialwirtschaft; IBAN: DE48100205000003136467, Stichwort: Projekt Nepal

Kathmandu ansässigen Trägerverein »Lila-Radhika« soll ein Altenzentrum entstehen, das alten Menschen unabhängig von Status, Kaste, Religion, Geschlecht, sexueller Orientierung soziale und medizinische Unterstützung und ein würdevolles Lebensende gewährleistet. Darüber hinaus soll perspektivisch auch ein Modell für ein angegliedertes Hospiz entstehen, um auch diese Versorgungslücke im palliativmedizinischen Bereich anzugehen. Mit der Unterstützung der Einrichtung übernimmt der HVD Berlin-Brandenburg nicht nur einen sozialen Auftrag, sondern auch eine Bildungsfunktion. Denn zum Konzept des Projektes gehört auch die Ausbildung von Pflegepersonal, ehrenamtlichen Mitarbeiter*innen und freiwilligen Helfer*innen.

»Die Pläne für dieses Altenzentrum haben wir ebenso wie die Zusage staatlicher Stellen, uns kostengünstig ein Grundstück zur Verfügung zu stellen,« sagt Dr. Bhusal, der vierzehn Jahre als Beamter in Nepal gearbeitet hat und das System sehr gut kennt. »Wir bemühen uns auch um die Förderung durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.« Damit das Vorhaben nachhaltig entwickelt werden kann, sind Spenden notwendig. Jeder Euro trägt dazu bei, dieses modellhafte Altenzentrum in Nepal entstehen zu lassen.



Manfred Isemeyer ist Politologe und arbeitete bis zu seinem Ruhestand als Vorstandsvorsitzender des HVD Berlin-Brandenburg. Er ist Vorsitzender der Humanismus Stiftung Berlin.

Weniger Rechthabenwollen

Von Ralf Schöppner

Nichtrechthabenwollen«: So lautet der Titel des neuen Buches von Martin Seel, eines Frankfurter Philosophen. Bei so einem Titel greift man doch gerne zu, wenn man im Milieu der Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften unterwegs ist und dort einiges in Sachen Rechthabenwollen gewöhnt ist, von sich selbst und von anderen. Doch die Enttäuschung kommt relativ schnell, wenn Seel schreibt, er wolle keine offenen Türen einrennen (also z.B. meine) und es ginge ihm nicht um eine Kritik der Rechthaberei (S. 22). Schade eigentlich.

Als Philosoph, der er ist, meditiert Seel naturgemäß erst einmal einige Seiten über seine eigene Kreation, das »Wortungetüm« Nichtrechthabenwollen: Selbst beim Nichtrechthabenwollen käme man nicht ohne Rechthabenwollen aus. Das ist die kritische Eingangspointe, so wahr wie erwartbar. Sie ist letztendlich nur eine Version des altbekannten Einwandes gegen den philosophischen Skeptizismus (Ist dein Skeptizismus etwa nicht wahr?) und scheint dem ganzen Unternehmen von Anfang an etwas von dem Genuss zu nehmen, den eine Kritik des Rechthabenwollens doch eigentlich verspricht.

So müssen Leserin und Leser sich bescheiden mit der Aussicht auf ein Wenigerrechthabenwollen, ein Nichtrechthabenwollen also inmitten der Unhintergebarkeit des Rechthabenwollens. Man vollzieht es durch Narration, Abschweifung oder z.B. durch den Aufschub, den Gedankenspiele bieten, die keineswegs eine unernte Angelegenheit sind. »Solange die Kugel rollt, bleibt die Wahrheitsfrage eingeklammert« (S. 15). Solange man auf die doch stark verbreitete Hastigkeit des Urteilens verzichtet und z.B. nicht sofort die erste Meinung in die Tasten haut oder dem Gegenüber angedeihen lässt, so lange wenigstens übt man sich im weniger Rechthabenwollen.

Was auch eine konsequente und radikale Form humanistischer Selbstbestimmung wäre: Freiheit auch noch von der eigenen Meinung, die einen stets und quasi-automatisch überfällt. Selbstbestimmen auch noch darüber, wie man mit den eigenen Verstrickungen umgeht; mit dem, was einem da zuverlässig als erstes so einfällt; mit dem, was man für seine Position oder Überzeugung, seinen Glauben oder seine Weltanschauung hält. Was im Übrigen keine Urteilsenthaltung ist (typisch erster quasi-automatischer Einfall meinerseits an diesem Punkt), denn auch in dieser ist die Kugel schon zur Ruhe gekommen.

Lassen wir eine Kugel rollen und stellen uns vor, Paritätsgesetze, wie sie das Land Brandenburg Ende Januar 2019 – hundert Jahre nach der Einführung des Frauenwahlrechts in Deutschland – verabschiedet hat, sind umgesetzt. Werden Frauen, die aktuell maximal zu einem Drittel in deutschen Parlamenten vertreten sind, die quotierten Landeslisten stürmen, weil sie bislang durch männerdominierte Strukturen davon abgehalten worden sind? Oder werden viele von ihnen bewusst weiter nicht an dieser Stelle mitmachen, sondern lieber in anderen Bereichen gesellschaftspolitisch wirken? In anderen Ländern aber – Schweden, Frankreich – ist der Frauenanteil in den Parlamenten durch ähnliche Maßnahmen durchaus gestiegen.

Wenn es stimmt, dass Frauen ferngehalten werden, obgleich sie eigentlich lieber mitmachen wollen, dann haben wir einen Fall von praktisch nicht verwirklichter Gleichberechtigung. Humanismus zielt per definitionem auf die Gleichberechtigung aller Menschen unabhängig von ihren jeweiligen Merkmalen. Er kann sich dabei nicht mit einer juristischen Gleichberechtigung zufrieden geben, er muss seinen Blick stets auch auf die praktische Verwirklichung richten. Zum Zwecke der Verwirklichung einer praktischen Gleichberechtigung kann die Ungleichbehandlung von Menschen legi-

tim sein, auch wenn dies bei manchen Humanistinnen und Humanisten auf Vorbehalte stößt. Eine Politik der Quote ist nicht per se unverträglich mit dem humanistischen Ethos. Sie ist verträglich damit, wenn sie auf die Beendigung einer nicht verwirklichten Gleichberechtigung oder von Diskriminierung zielt. Eine Quotenregel für Frauen ist nicht per se eine Benachteiligung von Männern, sie kann ein Mittel gegen deren Bevorteilung sein.

Stellen wir uns vor, auch andere Gruppen, deren politische Gleichberechtigung praktisch nicht verwirklicht ist, beanspruchten eine entsprechende Quotierung: Ostdeutsche, Junge, Atheisten. Wäre dies ein Fass ohne Boden, so wie es sich schon beim Feilschen um »Opfergruppen« im Kontext der Debatten um das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) gezeigt hat? Oder kann man die Frage, was denn die Gruppe der Frauen von anderen in Frage kommenden Gruppen derart prinzipiell unterscheidet, dass einsame »Sonderrechte« legitim sind, überzeugend beantworten? Ist z.B. die Antwort, dass die Grundgesetz-Ergänzung von 1994, die die Förderung der »tatsächlichen Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern« vorschreibt (GG Art. 3), eine solche überzeugende Antwort?

Der Bayerische Verfassungsgerichtshof hat im März 2018 entschieden: »Das Parlament muss kein möglichst genaues Spiegelbild der Bevölkerung darstellen.« Nun ist sicherlich nicht alles, was aus Bayern kommt, gut und richtig, doch scheint hier ein Punkt getroffen zu sein, den die humanistisch geleitete Reflexion berücksichtigen müsste. Stimmen das Demokratieverständnis des Grundgesetz-

zes und das humanistische Politikverständnis nicht darin überein, dass politische Repräsentantinnen und Repräsentanten keineswegs nur Politik für sich und die jeweiligen Eigengruppen, sondern für alle machen sollen? Sie sollen eigentlich nicht Wege zur geschickten Durchsetzung der je eigenen Interessen verfolgen, sondern gemeinsam kreative Lösungen entwickeln, die möglichst die Interessen aller Bevölkerungsgruppen berücksichtigen. Und ist dies nicht ein Sollen, das der verbreiteten Praxis von Politik als Lobbyismus humanistisch widerspricht?

Oder ist dies wieder nur ein Argument, mit dem Männer ihre Machtpositionen und Privilegien absichern wollen? Stellen wir uns vor, Politik könnte wirklich so funktionieren. Dann würden beispielsweise Frauen und Männer im Wenigerrechtenwollen Distanz zum Eigenen gewinnen und ihre Argumente wären mehr als nur der jeweilige Ausdruck ihres Geschlechts. Dann wären gegen eine Quotierung argumentierende Männer nicht qua Geschlecht verdächtig. Ihre Argumente, wie die Argumente aller politisch Agierenden, würden stets gemessen am Maß ihrer potenziellen Verallgemeinerbarkeit. Im Wenigerrechtenwollen – aber sicherlich nicht ganz ohne – würde man gemeinsam prüfen, welche der verschiedenen Ideen dieses Maß am besten erfüllt. ●



Dr. phil. Ralf Schöppner ist praktischer Philosoph und Direktor der Humanistischen Akademien Deutschland und Berlin-Brandenburg.

Sie wünschen sich auch mehr Solidarität und Selbstbestimmung und möchten dem Humanismus eine starke Stimme geben?

Dann unterstützen Sie unsere Arbeit durch Ihre Mitgliedschaft oder mit einer Spende!

Bitte wenden Sie sich an den HVD-Landesverband in Ihrer Nähe, den Bundesverband JuHu oder an den HVD-Bundesverband.
E-Mail: hvd@humanismus.de, Telefon: 030 613904-34





ohne diesseits fehlt etwas

seit 1987

diesseits gibt's
jetzt auch online
zum **kostenlosen**
Download:
[www.diesseits.de/
download](http://www.diesseits.de/download)

Achtung, Scharlatane!

Arabische Eiszeit

Stärkt das säkulare Bewusstsein!

Erschaffe die Vielfalt!

Update Humanismusforschung

Wen jetzt noch wählen?

Willst Du mit mir gehen?

Verletzlich... aber nicht wehrlos

Gehört Spiritualität zum Menschen?

Humanismus & Sport

„Anständig“ arbeiten!

Mehr Demokratie einfordern

Diese Wirtschaft tötet

Wir schaffen das!

Die schönsten Nebenbächen der Welt

Ich bekenne mich!

Arabische Eiszeit

Wir müssen reden!

Sendungsbewusst

Metamorphosen, Neuanfang

Woher kommen unsere Werte?

Mehr Demokratie einfordern

Humanismus weltweit

Bürger zweiter Klasse

Quo vadis, Menschheit?

Wer zuletzt lacht...

Wir schaffen das!

Imperator der Gegenklärung

Sendungsbewusst